

## ■ Konstruktion mit Emotion

Der Leipziger City-Tunnel – ein faszinierendes Stück Technik ohne Akzeptanz der Bürger Seite 3

## ■ Castro und Kennedy

Wie die CIA die friedliche Koexistenz verhinderte. Horst Schäfer untersuchte an Hand von Originaldokumenten die USA-Außenpolitik Seiten 8-9

## ■ Mozart kommt

Die Musikwelt feiert wieder ein Genie Seite 10

## ■ Plötzlich Bonze und Spitzel

Ungebührliche Rückblende des Leipziger Herzchirurgen Prof. Dr. Karl-Friedrich Lindenau Seite 11

2

2006

Nur  
ein  
Euro!

14. Jahrgang  
27. Januar

www.  
leipzigs-  
neue.de

## Sonderzug in den Tod



### 27. Januar – Gedenktag der Opfer des Faschismus

Der erste Deportationszug mit 702 Personen verließ Leipzig am 21. Januar 1942 Richtung Riga ...

Sommersonntagmorgen, zwei Männer jenseits der 80 von meinem Balkon aus beobachtet. Sie standen verloren auf unserem Hof unter den alten Bäumen und schauten sich um. Ich grüßte vom ersten Stock nach unten. Fünf Minuten später standen wir drei vor der Haustür. Sie fragend und neugierig. Ich fragend und verunsichert. Die Männer hatten – wie ich erfuhr – bis 1947 in meiner jetzigen Wohnung gelebt. Ich hielt mich zurück, wollte nicht mit der Tür ins Haus fallen, gerade in diesem Leipziger Stadtviertel, wo ab 1933 der Holocaust seine Spuren unauslöschlich eingegraben hatte. Damals lebte jeder fünfte Leipziger Jude im Waldstraßenviertel. Da gab es über die vielen Jahrzehnte Bekannte wie Gustav Mahler, Samuel Agnon, Meta Gottschalk und weniger Bekannte, wie in meinem jetzigen Wohnhaus Liviastraße 9 die Konzertpianistin und Diplommusikpädagogin Anny Jaffe. Eine ihrer Zeitungsanzeigen („Ausbildung im Klavierspiel...bis zur höchsten Vollendung...“) entdeckte ich vor geraumer Zeit in dem Buch: „Wir waren Eure Nachbarn“. Eine sensible jüdisch-deutsche Lebens-

studie jener Jahre von Barbara Kowalzik. Sollten hier etwa Kinder oder Neffen vor mir stehen? Irrtum! Die Brüder Stracke – inzwischen hatte man sich vorgestellt – hatten mit Anny Jaffe nichts zu tun. Aber: Die Pianistin hatte damals ihren Schmuck bei der Mutter der beiden hinterlassen. Das war in jenen

### Das Klavier unter mir

Tagen, als die Wohnung, genau unter meiner heutigen gelegen, geräumt wurde. Frau Jaffe musste einer Einweisung in die rasch organisierten Judenhäuser Folge leisten. Meist vier Leute in einen Raum gepfercht. Die Möbel „erben“ deutsche Antiquitätenhändler. Dann verliert sich Anny Jaffes Spur in Eisenbahnwaggons, erinnerten sich die beiden ehemaligen Hausbewohner.

Geschichte ist sachlich, Erinnerungen mitunter sentimental! Als die Männer schließlich meine (ihre) Wohnung betraten, weinten sie. Der Stuck, das knarrende Parkett, die alten Türen und Fenster – fast wie

damals, als eine Brandbombe das Haus traf. Der Hausmeister konnte noch löschen. Die Männer sprachen auch über Kanada und Bayern, ihre jetzigen Wohnorte. Die fremden Deutschen, die jüdische Pianistin im Erdgeschoss und ihre Lebensgeschichten waren mir für zwei Stunden ganz gegenwärtig. Es geschah Mitte Mai 1945, als 80 Buchenwald-Häftlinge mit zwei Autobussen in Leipzig ankamen. Kommunisten, Sozialdemokraten und genau – so die Überlieferung – vier Juden. Die Fahrt endete im Busdepot in Lindenau, wo Freunde und Familienangehörige schon Stunden ausharrten. Man umarmte sich: Nur für die vier war niemand da; denn es gab keine Juden mehr in Leipzig. In der Auenstraße 14, dem Sitz der amerikanischen Militäradministration, baten sie um Wohnraum. Das „Quartett“ bekam möblierte Zimmer, oft in unmittelbarer Nähe seiner noch vorhandenen einstigen Wohnungen. Diese waren meist unzerstört, die Türschilder inzwischen jedoch ausgetauscht. – Und welche Geschichten kennen Sie?  
• JOACHIM MICHAEL

## Auf ein Wort bitte



**MARTIN LESCH,  
VERDI**

... schreibt zusammen mit anderen linken Bündnispartnern in dieser neuen LN-Rubrik

## Kombinierter Mindestlohn – „Linke“ Quacksalberei

Noch ehe sich durch Hartz IV die Lohnndrift verschärfte, arbeiteten in Deutschland 6,9 Millionen Menschen, also mehr als ein Fünftel der Erwerbstätigen, für Niedriglohn – der liegt laut OECD unterhalb von zwei Dritteln des Durchschnittslohns. Das sind gegenwärtig in Westdeutschland brutto 9,38 Euro pro Stunde, im Osten 6,97 Euro. Knapp die Hälfte der Erwerbstätigen im deutschen Niedriglohnbereich arbeitet zu Armutslohnen unter 7,19 Euro (West) bzw. 5,22 Euro (Ost). Angesichts dieser bitteren Tatsachen ist es höchste Zeit für einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von 8 Euro. Die entspre-

chende Forderung der Linksfraktion im Bundestag ist deshalb zu begrüßen.

Gar nicht zu begrüßen ist jedoch, dass die Linke im Bundestag meint, bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns für einen Übergangszeitraum „kleinen und mittleren Unternehmen, die den gesetzlichen Mindestlohn nicht zahlen können“ mit „befristeten Ausgleichsmaßnahmen“ unter die Arme greifen zu müssen. Bei Lichte betrachtet also ein temporärer Kombilohn.

Riesige Mitnahmeeffekte der Unternehmer zu Lasten der öffentlichen Hand wären die eine Folge. Kaum ein Unternehmer, ob sächsischer Krauter oder rheinischer Großkapitalist, wird es versäumen, zur Steigerung seiner Rendite alle gesellschaftsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um schnellstens an die – ansonsten auf abstrakt-ideologischer Ebene verteuerten – staatlichen Subventionen heranzukommen. Er würde dies übrigens nur bei Strafe seines Untergangs aus „ethisch-moralischen“ Gründen unterlassen können: Greift er nicht zu, tun es seine Konkurrenten.

Die andere Folge wäre die Verstärkung der realen Lohnndrift nach unten. Warum sollte man neu Einstellenden noch fünf oder sechs Euro die Stunde zahlen, wenn zeitweilig jegliche Differenz zum gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro von öffentlichen

Händen beigesteuert wird? Und warum dann noch viele teure langjährig Beschäftigte durchfüttern, wenn sich nach deren „Freisetzung“ deutlich preiswerterer Ersatz beschaffen lässt?

Und gibt es nicht bereits Forderungen aus den neoliberalen Ideologiefabriken, dass man die Einführung von Kombilöhnen natürlich mit weiteren drastischen Kürzungen bei Transferleistungen, insbesondere dem ALG II und dem Sozialgeld, flankieren müsse? Einerseits um die Milliarden für die staatlichen Lohnzuschüsse überhaupt aufbringen zu können und andererseits, um endlich die Millionen von Faulpelzen in diesem Deutschland, die wir ja – fast – alle sind, zur Aufnahme von schlechter bezahlten Tätigkeiten zu zwingen ...

Dass Gregor Gysi, zurückgetretener früherer Berliner Wirtschaftssenator, und PDS-Geschäftsführer Michael Bartsch, der schon im April 2002 – also Monate vor Schröders „Wunderwaffe“ Hartz – von der Notwendigkeit der „Flexibilisierung des Arbeitsmarkts“ faselte, derlei Quacksalberei wie Kombilöhne befürworten, ist eigentlich nicht weiter verwunderlich. Das aber auch Oskar Lafontaine, der bisher durchaus mit makroökonomischer Kompetenz zu überzeugen vermochte, nun derlei Unfug verbreitet, lässt Schlimmes befürchten.

## Europa-Rat plant Kommunistenjagd

16 Jahre nach der Wende in Mittel- und Osteuropa steht unser Kontinent vor einer neuen antikommunistischen Hexenjagd: Der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats für den 25. Januar liegt ein von der Politischen Kommission bereits bestätigter Antrag von konservativen und liberalen Abgeordneten aus Ost- und Westeuropa vor. Thema ist „die Notwendigkeit für eine internationale Verurteilung des Kommunismus“.

Nun liegt ausgerechnet zum selben Tagesordnungspunkt ein weiterer Antrag vor – zur Verurteilung des Nazismus. Also: Kommunismus gleich Faschismus! Ein Aufwasch an einem Tag. Geht dieses Kalkül auf, werden die Anträge angenommen, sind die Mitgliedsstaaten des Europarats aufgefordert (d. h. fast alle Staaten in Europa), „Verbrechen des Kommunismus“ zu untersuchen sowie eine internationale Konferenz zu diesem Thema zu organisieren.

Der schonungslose Kampf gilt dabei nicht nur den ehemaligen sozialistischen Ländern, sondern beispielsweise auch Kuba.

Die Antragsteller äußerten ihre Sorge, dass in vielen europäischen Staaten ein hohes Niveau von „kommunistischer Nostalgie“ herrsche. Wenn dies der Fall ist, sollte sich der Europa-Rat dann nicht nach dem Grund dafür fragen? Was hat die Wende für die Massen einfacher Menschen in Mittel- und Osteuropa außer Elend, wachsender Armut und Massenarbeitslosigkeit eigentlich gebracht?

Mit anderen Worten: Über den Europarat versuchen reaktionäre Elemente in Europa eine Fortsetzung des kalten Krieges durchzuzeitschen. • KEITH BARLOW

## Unmoralische Angebote

Nicht erst seit den lukrativen Offerten der Leipziger Stadtwerke an die entgleisten und konsequenterweise abgehalfterten hohen Stadtbediensteten Tschense (vorbestraft) und Kaminski (inzwischen auch offiziell angeklagt) und nicht nur hierorts stellt sich die Frage, wer eigentlich heute in öffentlichen Ämtern alles tragbar ist. Offenbar haben sich hier die Grenzen erweitert.

Der eine Aspekt ist, dass im selbsternannten Rechtsstaat das Recht als Ordnungs- und Disziplinierungsmittel gerade für die Bereiche der Leitung und des Managements außerordentlich unscharf, lückenhaft und weitherzig interpretierbar ist. Es muss schon ganz dick kommen, ehe der Staatsanwalt auf den Plan tritt und ein Gericht ein einigermaßen angemessenes Urteil spricht.

Der andere Aspekt bei Rechtsverstößen im Amt ist, dass man die Eignung für ein öffentliches Amt nur am Buchstaben des Gesetzes und an der fachlichen Befähigung misst, nicht aber zugleich auch an der moralischen Integrität. Darf es sein, dass ein hoher Verantwortungsträger jegliche Vorbildwirkung gegenüber den Bürgern, so er sie je hatte, verloren hat und dennoch wieder eine hohe Verantwortung übertragen bekommt? Der schnelle Rückzug des amtierenden Oberbürgermeisters drückt wohl aus, dass die öffentliche Meinung den zuweilen bedenkenlos moralfreien Überlegungen und Handlungen auf hohen Leitungsebenen noch weit überlegen ist. Fakt aber bleibt: Es gab dieses Angebot. Und man kann kaum sicher sein, dass sich Ähnliches nicht wiederholt.

• G. L.

## Von Rosa zu Karl: Linkspartei und Wahlalternative demonstrierten gemeinsam

# Ein WASG-Signal aus Leipzig

Nein, mit den Massen Berlins kann Leipzig nicht mithalten. Wer am Sonntag, dem 14., mitmarschierte – von der Stele Rosa Luxemburgs in der Gustav-Freytag-Straße über die Karl-Liebknecht-Straße zur Braustraße –, fühlte sich in einem Fähnlein der hundert Aufrechten.

Doch auch Leipzigs Gedenken an Karl und Rosa hatte es in sich. Zum ersten Mal, von Montagsdemos abgesehen, demonstrierten Linkspartei.PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit gemeinsam. An Worte Rosa Luxemburgs anknüpfend, bekräftigte Enrico Stange, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes

der sächsischen WASG, zum Auftakt: „... wir brauchen eine breite Neue Linke, die pluralistisch ist und einander tolerant auszuhalten vermag. Wir brauchen für diese Neue Linke das Belebende, Heilsame und Reinigende in unserer Diskussion um den künftigen Weg.“ Stange schloss: „Wir ehren die aufrechte und aufrichtige Rosa Luxemburg. Wir ehren den streitbaren Geist, mit dem sie die Menschen aufrüttelte und organisierte. Wir ehren sie, die konsequent und beharrlich für ihre Ideale, für eine gerechte Gesellschaft, für eine sozialistische Gesellschaft stritt – bis zum 15. Januar 1919.“

Etwas Neues, Fesselndes er-

lebten die Demonstranten auch vorm Liebknecht-Haus. Stauend vernahm man sie in der Kälte, wie der 1916 geborene Hans Lauter, der kürzlich von Chemnitz nach Leipzig gezogen ist, das Wirken von Karl Liebknecht vor Augen rückte – ohne Manuskript. So fakten- und gedankenreich hatten sie wohl lange nichts über Rosas Kampfgefährten gehört. Prof. Lauter hob besonders Liebknechts antimilitaristische Jugendarbeit hervor, die hochaktuell sei. Den heutigen Linken riet er leidenschaftlich, zusammenzuwirken „ohne Alleinvertragsanspruch, ohne Rechthaberei“.

• G. BRAUN

## Leipziger Stadtrats-Splitter

### Kein Warmwassergeld

Den Antrag der Linkspartei zur Erstattung der Aufwendungen bei Warmwasser für Alg-II-Bezieher lehnte eine breite Stadtratsmehrheit ab, obwohl nach aktueller Rechtssprechung alle zum Wohnen gehörenden finanziellen Belastungen zu erstatten sind.

### Kein Abwahlbegehren

Wie bereits im Dezember hat der Stadtrat erneut den Antrag zur Aberkennung des Mandats von Dr. Fischer, SPD-Fraktion, abgelehnt und nunmehr die Verwalter aufgefordert, gegen einen entsprechenden Bescheid des RP Einspruch zu erheben. Im Stadtrat wird darauf geachtet, dass Stadträte die beruflich mit einem städtischen Vorhaben zu tun haben, weder an Ausschussdebatten hierzu teilnehmen noch an der Entscheidungsfindung im Stadtrat mitwirken. Im Gegensatz dazu gibt es allerdings sehr verfilzte Geschäfte von Stadträten, die als

Geschäftsführer privater Unternehmen Aufträge von städtischen Unternehmen annehmen, in deren Aufsichtsräten sie noch dazu sitzen.

### Eingezäunter Burgplatz

Obwohl eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Grüne implizierte, die Baugrube am Burgplatz zur Fußballweltmeisterschaft zu verfüllen und die Fläche zu gestalten, teilte das Baudezernat mit, dass dies beim Investor nicht durchsetzbar ist. Die Grube wird als Baustelleneinrichtung genutzt und soll eine ordentliche Einzäunung erhalten.

### Zorro-Grundstückserwerb

Gegen den Widerstand vor allem aus der CDU, stimmte eine breite Mehrheit für die Bereitstellung von 85 000 Euro als Eigenmittel für Zorro zum Erwerb des Grundstücks für den Verein Bornaische Str. 54 e. V., um die in den Wendejahren begonnene sozio-kulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Sanierungsgebiet Connowitz-Biedermannstraße langfristig zu sichern.

## Quelle-Mitarbeiter protestieren

LN. Der Solidaritätskreis gegen die Kündigungen bei Quelle Leipzig informiert, dass Dank der großen Solidarität der Kolleginnen und Kollegen bereits drei Prozesse vor dem Leipziger Arbeitsgericht gewonnen wurden. Vertagt wurde jetzt auf Antrag der Quelle-Geschäftsleitung allerdings der Prozess der Sprecherin der Vertrauensleute Gudrun Kimmmerle gegen ihre zweite Kündigung. Wegen Erkrankung der Rechtsanwältin könnten die erforderlichen Unterlagen so schnell nicht zusammengestellt werden. Wohlgedemert, geht es um eine Kündigung vom Juli des Vorjahres wegen vorgeworfenen Packfehlern (im 1. Quartal 2005!). Dazu müssten die Unterlagen längst vorliegen. Um was geht es wirklich?

Der Solikreis sieht in der Prozessverzögerung eine politische Maßnahme, um den Betrieb von einer kritischen und kämpferischen Kollegin zu säubern. Gleichzeitig nehmen unerträgliche Arbeitshetze, Kündigungen wegen Krankheit und der Druck, „freiwillig“ in die Arbeitslosigkeit zu gehen, zu. Quelle-Mitarbeiter rufen auf zur Solidarität mit ihrer Protestveranstaltung am 28. 1. 06, ab 10.30 Uhr vor dem Karstadt-warenhaus / Ecke Hainstraße, Leipzig.

Dieses Bauwerk bewegt Leipzig seit fast einhundert Jahren. Ursprünglich als U-Bahn-Tunnel für die mit Sicherheit erwarteten eine Million Einwohner gedacht, soll die inzwischen City-Tunnel genannte Doppel-Röhre den Nah- und Regionalverkehr auf Schienen in der mühsam bei einer halben Million Einwohner stabilisierten Stadt Leipzig erheblich verbessern – und darüber hinaus in einer weit gefassten Region in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Stadtentwicklung per Tunnel – das wäre die neue Ideallinie.

Von **HELGE-HEINZ HEINKER**

Durch das gesamte 20. und das beginnende 21. Jahrhundert zieht sich eine Konstante der Leipziger Verkehrsentwicklung: Bei jedem tatsächlichen oder vermeintlichen Aufschwung der Wirtschaft hatte die unterirdische Schienenverbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bayerischen Bahnhof Konjunktur. Das war so in der Entstehungszeit des Hauptbahnhofs zwischen 1909 und 1915 – und deshalb wurde die unterirdische Station auf der Ostseite gleich mit projektiert und auch begonnen –, das war aber auch so in den 1930er, den 1950er und den 1970er Jahren. Kriegsereignisse, Investitionsschwäche oder geänderte wirtschaftspolitische Schwerpunkte warfen das Projekt jedoch immer wieder zurück. Doch ausgerechnet jetzt wird der City-Tunnel gebaut, also zu einem Zeitpunkt, wo seine Befürworter die Hoffnung fast schon aufgegeben hatten und – möglicherweise noch wichtiger – wo die Stimmung in der Bevölkerung sich deutlich eingetrübt hat.

Lassen wir die Fakten sprechen: Als ab 1913 an der Leipziger U-Bahn gebaut wurde, sollte sie die verschiedenen Verkehrsarten trennen, auf unterschiedlichen Ebenen führen und die Vororte der aufstrebenden Stadt besser mit der Innenstadt verbinden. Als Linienführung des in Regie der Sächsischen Staatsbahn begonnenen Vorhabens war ein oberirdischer Verlauf von Borsdorf bis zum Hauptbahnhof, anschließend der unterirdische Abschnitt unter Goethestraße, Schillerstraße und Königplatz (Leuschnerplatz) bis zum Bayerischen Bahnhof vorgesehen, von wo die Strecke wieder ans Licht kommen und bis Gaschwitz geführt werden sollte. Entstanden wäre ein Nahverkehrssystem von rund 23 Kilometer Länge und mit eigener Spurweite. Es sollte zwei historisch entstandene Kopfbahnhöfe miteinander verbinden und die Verkehrsverhältnisse verbessern.

710 Meter Tunnel – bis heute erkennbar an der niemals genutzten nördlichen Ausfahrt im Gleisvorfeld des Hauptbahnhofs – waren fertig, als der Erste Weltkrieg ausbrach und die Arbeiten stoppte, die dann praktisch nie wieder aufgenommen wurden. Die unterirdische Station war 1915 rohbaufertig und diente als Kühlhaus in der Kriegszeit, später von 1951 bis 1992 als DEFA-Zeitkino. Dazwischen lagen der Neuanfang für das Tunnelprojekt im Jahre 1934 und der Zweite Weltkrieg, der alle Aussichten auf eine Umsetzung zunichte machte.

Doch in der ehrgeizigen Leipziger Verkehrsplanung der 1950er Jahre tauchte der Tunnel wieder auf, nun allerdings mit einem geänderten Trassenverlauf von der Westseite des Hauptbahnhofs in nahezu gerader Linie unter Reichsstraße und Neumarkt, Leuschnerplatz und Windmühlenstraße zum Bayerischen Bahnhof.

In jedem Fall mussten die Planer mit wenig Investitionsmitteln rechnen, deshalb verfielen sie auf die kürzeste Entfernung der beiden Bahnhöfe, und sie hatten die inzwischen festgelegte Priorität für die Leipziger Straßenbahn im Hinterkopf.

Neue Tunnelideen am Ende der 1970er Jahre blieben trotz eingehender geologischer Proben eine Episode. Wenn noch investiert wurde, dann vor allem in Berlin. Leipzig musste sich ab 1969 mit seiner als Kompromisslösung entstandenen

der explosiv anwachsenden Individualmotorisierung wohl Bestand haben würden, ganz zu schweigen von der damals völlig offenen Frage, wo die Standorte der Wirtschaftsansiedlung und des erwarteten Eigenheim-Booms wohl liegen würden.

Im Widerstreit der Gefühle und des real eintretenden Wandels sämtlicher ostdeutscher Lebensbereiche hatte die Idee von 1992, zwei zweigleisige Schienenverkehrstunnel vom Hauptbahnhof bis zum Bayerischen Bahnhof zu bauen, und zwar

**Emotionslos betrachtet:**

## Konstruktion mit Emotion – der City-Tunnel Leipzig



Das war einmal das Untergrundmessehaus am Markt

S-Bahn bescheiden. Sie bekam nie die zugesagten eigenen elektrischen Triebwagen, und sie fuhr auf den vorhandenen Gleisanlagen weiträumig um die Innenstadt herum, was insofern kein Problem war, als im Osten und Westen der Stadt umfangreiche Industrieareale eine Begründung für die S-Bahn als Ergänzung der Straßenbahn (in Leipzig damals 280 Millionen, heutzutage reichlich 100 Millionen Fahrgäste pro Jahr) für den Berufsverkehr lieferten.

Kein Wunder, dass 1990 im Zuge der überschäumenden Einheits-Euphorie neben vielen anderen Verkehrsprojekten auf Straße, Wasserwegen und Schiene sofort auch wieder die Tunnel-Idee zwischen Hauptbahnhof und Bayerischem Bahnhof auftauchte. Alle Befürworter führten an, es müsse gelingen, die beiden separaten, auf Kompromissen beruhenden S-Bahnen in Leipzig und Halle zu einem stimmigen Ganzen zu verknüpfen, wozu Linienführungen durch den erhofften Tunnel unter der Leipziger Innenstadt und weiter nach Süden und Osten gehören sollten.

Die Bahn-Verantwortlichen waren verwirrt. Einerseits faszinierten die außergewöhnlichen Beförderungsleistungen der ostdeutschen Reichsbahn, doch andererseits machte sich Unsicherheit breit, wie lange diese Zahlen unter dem Druck

einen für den Fernverkehr und einen für den S-Bahn- und Regionalverkehr, nur kurzzeitig Bestand. Übrig blieb die Idee vom S-Bahn-Tunnel – der übrigens Ende der 1990er Jahre ebenso hieß, bevor er in City-Tunnel umgetauft wurde – einschließlich der leidenschaftlich debattierten Fernverkehrs-Option in der Relation Berlin–Leipzig–Hof–München. Diese Vorstellungen fanden Eingang in die Nahverkehrsplanung der Stadt Leipzig, und der Freistaat Sachsen griff sie nach einem Brief von OBM Hinrich Lehmann-Grube an den sächsischen Wirtschaftsminister Schommer auf.

Nachdem ein beauftragtes Planungsbüro die wirtschaftliche Plausibilität des Tunnels nachgewiesen und die Bahn auf der Basis ihrer eigenen Daten noch einmal nachgerechnet hatte, begann die leidige Suche nach dem Geld. Die Investitionsschübe der frühen 1990er Jahre waren längst versiegt. Termine verstrichen und unterschiedliche Finanzplanungs-Zeiträume mussten abgestimmt werden. Am 23. Mai 2003 war es schließlich so weit. Auf dem Leipziger Hauptbahnhof fand die Unterzeichnung der Bauverträge für den City-Tunnel statt.

572 Millionen Euro wird er kosten, nachdem verschärfte, aber wohl begründete Brandschutzbestimmungen das ganze Bauwerk zum Schluss noch einmal verteuert hatten. Das Geld kommt von der

EU, vom Bund, vom Freistaat Sachsen und von der Stadt Leipzig, wobei die rund 13 städtischen Millionen kaum als Finanzfluss wirksam werden, sondern in Form von Grundstücken in das Projekt eingebracht werden.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2009 soll der City-Tunnel Leipzig in Betrieb gehen, terminlich nur vier Wochen vom 100. Jahrestag der Grundsteinlegung für den Hauptbahnhof entfernt. Vier S-Bahn-Linien (Milititzer Allee–Wurzen, Dessau/Wittenberg–Borna/Zwickau, Halle–Schkeuditz–Leipzig–Connewitz, Gaschwitz–Tauscha–Falkenberg) sowie zwei Regionalbahn-/Regionalexpress-Linien (Halle–Flughafen Leipzig/Halle–Zwickau/Plauen) sollen nach den derzeitigen Planungen für das Zielnetz durch den Tunnel geführt werden. Damit entsteht der mit Abstand am dichtesten befahrene sächsische Eisenbahnabschnitt.

Nicht die kurze, knapp vier Kilometer lange innerstädtische Tunneltrasse – für sich betrachtet – soll den erhofften Gewinn bringen, sondern die Verknüpfung zwischen Großstadt und Region mit 20 Minuten Fahrzeitgewinn von Zielen rund um Leipzig bis in das Stadtzentrum mit Arbeits- und Einkaufsstätten sowie vielen kulturellen Einrichtungen.

Unstrittig ist, dass der erhebliche, noch weiter ausstrahlende Vorteil des Tunnels vollständig erst realisiert werden kann, wenn neben den geplanten zwölf S-Bahn- und Regionalverbindungen je Stunde und Richtung (in den Hauptverkehrszeiten) auch eine Fernverkehrsverbindung durch die moderne Doppelröhre geführt wird. Es lässt sich im Netz der Deutschen Bahn schwerlich eine andere „Lücke“ von kaum vier Kilometer Länge finden, deren Überwindung mittels eines Tunnelbauwerks weiträumig so starke Auswirkungen hat. Attraktive Zugverbindungen sind die Bringschuld der Bahn, sobald der Tunnel in Betrieb geht. Ob der Fahrplan jedoch gleich von Beginn an der große Wurf für ganz unterschiedliche Zugkategorien einschließlich des Fernverkehrs wird, darüber ist abschließend noch nicht entschieden. Die dehnbare Antwort der Deutschen Bahn lautet, der City-Tunnel sei „fernverkehrstauglich“. Immerhin wird die Station Hauptbahnhof – und nur darauf kommt es in diesem Zusammenhang an – für die Aufnahme solcher Züge gebaut.

Für die Leipziger bringt der City-Tunnel noch knapp vier Jahre „Durststrecke“ bis zur Eröffnung. Das Vorhaben ist komplex und durch die Lage in der Innenstadt eine Baustelle vor aller Augen – wofür als Zwischenschritt das terminlich unverrückbare „Deckel drauf“ vor der Fußball-WM auf den Stationen Hauptbahnhof und Markt steht. Dass beim Bauen in dieser Dimension Probleme auftreten, sollte niemanden wundern. Allerdings ist nicht jede in die Medien gelangte „Sensation“ auch wirklich eine. Eingehende geologische Untersuchungen zeigten schon lange, was die Bauleute im schwierigen geologischen Untergrund zu gewärtigen haben.

Der City-Tunnel lässt als Bauwerk Emotionen hochkochen, doch er ist an sich nicht mehr und nicht weniger als ein faszinierendes Stück Technik mit vielfältigen Optionen. Der Tunnel ist nützlich und hängt in seiner Akzeptanz davon ab, welcher spürbare Nutzen – vor allem mit attraktiven Zugverbindungen – viele Menschen zum Mitfahren einlädt. Dann wird sich zeigen, ob sich das Warten – je nach Sichtweise sechs oder einhundert Jahre – wirklich gelohnt hat.



Eine Frage an den linken OBM-Kandidaten Dietmar Pellmann

## Wie reell sind kostenlose Kita-Plätze?

Erst einmal mein generelles Ja zu kostenloser Kita-Betreuung. Aber Leipzig – wie so ziemlich jede Kommune – ist damit überfordert. Es freut mich zwar, dass nun auch der Oberbürgermeisterkandidat der Grünen, Michael Weichert, auf Elternbeiträge für die Betreuung in Kindertagesstätten verzichten will und sich damit einer

alten Forderung der Linkspartei.PDS anschließt. Aber so zu tun, als ob das nur vom guten Willen des neuen OBM abhänge – zumal es sich ja nur um 8 Millionen Euro pro Jahr handeln würde – das ist unredlich und populistisch von Herrn Weichert. Eine solche Forderung ist nur bei einem geänderten Kita-Gesetz des Freistaates Sach-

sen durchsetzbar. Entsprechende Versuche meiner Landtagsfraktion sind bislang jedoch vor allem am christdemokratischen Nichtwollen gescheitert. Der bisher nicht vorhandene Wille ist das eine, geklärt werden müsste auch, wer die neue Finanzlücke schließen sollte. Die Stadt Leipzig ist dazu wegen ihrer katastrophalen Haushaltslage

keinesfalls in der Lage.

Wenn diese wirklich soziale Forderung eine realistische Umsetzungschance haben sollte, müssten Bund und Land die entsprechenden finanziellen Mittel aufbringen. Ansonsten bleibt auch die vollmundige Ankündigung der neuen Bundesfamilienministerin leeres Stroh.

**M**al sehen und hören, was die Leute so wählen werden. Das erkundet hier nicht „ein älterer aber leicht besoffener Herr“ wie anno dunnemals bei Tucholsky, sondern ein ermühter Leipziger im schönen Mendelssohn-Saal des Gewandhauses. Pünktlich an einem Mittwochabend halb acht soll der Einzug der Gladiatoren stattfinden und schon eine halbe Stunde vorher sind fast alle Plätze im Parkett belegt.

Passend zum Ort gibt's Musik zur Begrüßung. Feiner Chorgesang vom Team des OBM-Kandidaten: Karsten Werner, seines Zeichens von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität ins Rennen geschickt und bisher nicht gerade durch hohe Prozente der Meinungsforscher verwöhnt. Für ihn ist auch kein Platz im Podium vorgesehen. Aber: Fast alle im Saal lesen seinen Handzettel, bevor auf der Bühne Punkt halb acht eine Handvoll gestandener Männer, geleitet durch einen moderierenden Chefredakteur, ihre zugewiesenen Plätze besetzen. Ganz links (logisch) Dietmar Pellmann (Linkspartei), daneben Michael Weichert (Bündnis90/Die Grünen), dann Burghard Jung (SPD) dann besagter Chefredakteur, daneben

Uwe Albrecht (CDU) sowie ganz rechts Bernd-Rüdiger Kern (DSU), keinen Platz im Podium fand auch der Parteilose Benedict Rehbein.

„Hoffentlich schwafeln die nicht so“, hofft eine Studentin hinter mir. „Der Karsten Werner sieht zwar gut aus, aber sein BÜSO-Programm ist spinnt“, lächelt ihre Nachbarin. Den kann man also nicht wählen. Vor mei-

Dampfplauderer – seine Wahlversprechen sind nichts wert.“ Darum müssen wir nun schon wieder an die Urne. Also: Kein Bonus für seinen Adlatus Burghard Jung, wenn der ins Mikrofon ruft „Weiter wie bisher“. Als endlich Klatschen für Argumentatives den Saal in Stimmung bringt, da punktet Dietmar Pellmann: Pfiffig. Kompetent. Präzise. Nachdenklich.

Das Publikum bemerkt es mit wachsendem Vergnügen und beobachtet während der zweieinhalb Stunden (!) künftige(?) kleine und große Koalitionen mal zwischen SPD und Linkspartei. Mal zwischen Linkspartei und DSU. Mal schlossen alle die CDU aus, mal alle die SPD. Mal tuschelten Jung und Pellmann hinter dem Rücken des Grünen-Kandidaten auf dem Podium. Mal kämpfte jeder für sich allein. 150 spannende Minuten. Da hatten dann kurz vor 22 Uhr die Bürger fast alles gefragt und die Oberbürgermeisterkandidaten fast alles gesagt. Was bleibt? Das Wahlergebnis am 5. Februar ist nach d i e s e m Abend mehr als offen!

• -CK

### „Hoffentlich schwafelt keiner ...“

nem Platz wird laut geschwäbelt: „Dasch wolle mir uns nischt entgehe lasse“, und die drei Damen mittleren Alters hoffen auf einen spannenden Abend im Gewandhaus der Heldenstadt.

Als das Hauen und Stechen der Gladiatoren beginnen soll, scheint es, als hätte Uwe Albrecht den größten Anteil CDU-Claqueure im Saal verstreut. So viel bestellter Applaus bei seinem ersten Statement, dass sogar der kluge Chefredakteur in seiner Moderatorenfunktion die Klatscher bremsen muss. Aber dann geht's wirklich zur Sache: Unüberhörbar (zumindest an diesem Abend): Wolfgang Tiefensee wünscht sich im Saal kaum ein Leipziger aus Berlin zurück. „Dieser



## 91,3 Prozent für Pellmann

LN. Die Gesamtmitgliederversammlung der WASG Leipzig gab dem Kandidaten der Linkspartei Dr. Dietmar Pellmann mit einem deutlichen Ergebnis von 91,3 % der Stimmen ihre Unterstützung zur OBM-Wahl am 5. Februar. Die Mitglieder der WASG verbinden damit ihre Forderungen und Erwartungen an einen OBM Dietmar Pellmann, sich klar für die Interessen der von Hartz IV und dem flächendeckenden Sozialabbau, von Kinder- und Altersarmut Betroffenen einzusetzen. Vor allem erwarten sie von ihm, Zwangsumzüge wegen Hartz IV zu verhindern sowie sich für die öffentliche soziale Daseinsvorsorge, die Wahrung der Tarifverträge und für Mindestlöhne einzusetzen.

Darüber hinaus stimmte die Mitgliederversammlung mit übergroßer Mehrheit auch der Kooperationsvereinbarung von WASG und Linkspartei in Leipzig zu. Darin legen beide Parteien fest, wie sie die künftige Zusammenarbeit auf allen Ebenen gestalten wollen. Diese Kooperationsvereinbarung ist neben dem Abkommen zwischen beiden Bundesparteien die erste auf regionaler Ebene.

Fair und transparent, aber auch kritisch in die OBM-Wahlen

## Burghard Jung steht für eine Partei des Sozialabbaus!

Mit dem Wechsel des Leipziger Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee in die neoliberale Regierungskoalition, der nicht nur ein begnadeter Cellist, sondern unserer Stadt auch ein hervorragender Bauherr und der rot-grünen Bundesregierung ein vorzüglicher Hartz IV-Berater gewesen ist, steht die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters an. Burkhard Jung, Sozialdezernent der Stadt Leipzig, ist Kandidat der Sozialdemokraten.

Die WASG Leipzig kann sich kaum vorstellen, dass in Tiefensee-Stadt Leipzig ein weiteres Mal ein Bürgermeister für die SPD regieren soll. Die SPD hat in den Jahren der rot-grünen Regierung ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt, als eine Partei der sozial Schwachen und Bedürftigen regieren zu können. Vielmehr ist sie zu einer Partei der Elite und gleichzeitig zu einer Steigbügelhalterin einer schwarzen Witwe verkommen, die ihr auch noch den letzten Wesensrest sozialdemokratischer Traditionen und Werte entzieht.

Die Auflösung tariflicher Rechte, die Verlängerung der Probezeit von sechs auf 24 Monate, weitere Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme hin bis zu ihrem absehbaren völligen Rückbau sind schlagende Beweise einer solchen Unfähigkeit.

Die WASG wird daher alles dafür unternehmen, dass Leipzig wieder sozial vertreten wird. Wir sind als Kreisverband weder mit der so geschehenen Wahl von Burkhard Jung zum Sozialdezernenten einverstanden, noch werden wir Jungs Wahl zum Bürgermeister billigen oder in irgend einer direkten oder indirekten Weise unterstützen.

Die WASG steht in Deutschland für einen ehrlichen Prozess der demokratischen und kritischen Umgestaltung unserer Gesellschaft hin zu einer sozialen und ökologischen Gerechtigkeit und damit für einen klaren politischen Wechsel nach Links. Für Sozialräuber haben wir auch in Leipzig keinen Platz!

• [www.leipzig-wahlalternative-asg.de](http://www.leipzig-wahlalternative-asg.de)

## Städtische Unternehmen werden sturmreif gemacht

Die Aufregung in der CDU-Stadtratsfraktion um aktuelle Vorgänge in kommunalen Unternehmen ist durchaus auch als wohlkalkulierter Versuch zu werten, sie sturmreif für die Privatisierung zu machen. Die Führungsschwäche im Rathaus, das Ausscheiden des nach Berlin entschwundenen LVB-Aufsichtsratsvorsitzenden, Dr. Lütke-Daltrup (der Nachfolger trat sein Amt noch nicht an) oder die Selbstherrlichkeit des Stadtwerkechefs Wille kommt diesen CDU-Intentionen nur entgegen.

**1. FALL:** Mag die Handlungsweise der CDU-Aufsichtsrätin, LVB-Beschlüsse vor Gericht prüfen zu lassen, sehr öffentlichkeitswirksam sein, dem Firmenwohl tragen Indiskretionen gegenüber der Presse dennoch nicht bei. Aber, siehe oben, darum geht es nicht mehr.

Wie man auch immer zum geplanten Leasing-Geschäft der LVB stehen mag, (die Linken hatten im Stadtrat stets gegen solche Vorhaben gestimmt) – die LVB erzielen davon einen Barwertvorteil von etwa 5 Millionen Euro.

Wobei: Über den geplanten Verkauf der Tochtergesellschaft VCL wurde im Aufsichtsrat seit dem Sommer 2005 diskutiert. Es ist daher nicht überzeugend, von „durchgepeitschten Beschlüssen“ zu sprechen (LVZ vom 13. 1. 06).

Über den Beschluss zur geplanten Leoliner-Produktion durch die Kirow AG wurden die LVB-Aufsichtsratsmitglieder ebenfalls im Vorfeld informiert. Auch hier sind Spekulationen in der Tageszeitung nicht von Nutzen.

Dennoch muss man schon fragen, ob es wirklich gute Geschäftspraxis ist, wenn die Stadträte Neuigkeiten über ein großes kommunales Unternehmen im Nachhinein aus der Tagespresse erfahren (so die USA-Reise der Geschäftsführer). Die Linkspartei, PDS-Fraktion hat das im Verwaltungsausschuss thematisiert. Eine Stellungnahme der LVB ist angekündigt.

**2. FALL:** Die politische Instinktslosigkeit des Stadtwerke-Geschäftsführers Wille kommt den Privatisierern von CDU und FDP gerade recht. Sie ist schlimm und muss geahndet werden. Denn: Die Stadtwerke sind Besitz der Bürger und nicht der Parteien. Die Bürger müssen ihren Betrieb als den ihren erfahren. Das ist zur Zeit nicht so. Obwohl die Stadtwerke für Leipzig ein großes Plus bedeuten, nicht nur weil sie unabhängig vom Stromgiganten RWE agieren können. Die Stadtwerke sind ein sicherer Arbeitgeber, sie legten Hilfsprogramme für viele sozial engagierte Leipziger Vereine auf, bauten ein Kraft-Wärmekopplungskraftwerk und ein Holzkraftwerk in Bischofferode

(übrigens nach einer Anregung der PDS). Umstritten – aber gewiss kein Grund für eine Privatisierung – sind nicht nur die Geschäfte mit CDU-Stadtrat und Aufsichtsratsmitglied Rost, sondern vor allem das große Risiken bergende Auftragsvolumen mit Systemhaus Henniger (zur Herstellung digitalisierter Stadtkarten) oder das Polenengagement. Obwohl bei letzterem ein avisiertes jährlicher Gewinn von über einer Million zu Buche schlagen könnte.

Die heftig unter Kritik stehende Preispolitik der Stadtwerke nach dem Schema „wir nehmen alles, was wir bekommen können“, würde ein privater Besitzer gewiss noch schamloser betreiben – vom Stadtrat dann gänzlich unkontrollierbar. Wie gesagt, Alleingänge bei Entscheidungen, eine gewisse Beratungsresidenz, dazu die Verträge mit Kaminski und Tschense oder die etwas unsaubere Mittlerrolle seiner Lebenspartnerin beim Polengeschäft – all das sind Dinge, für die sich Geschäftsführer Wille verantworten muss. Allerdings, es geschah dies doch wohl unter den Augen der Stadtoberen? Überflüssig die Frage, ob private Investoren und deren Manager klügere Entscheidungen treffen würden. Dem Gemeinwohl dienende ohnehin nicht, das wäre nicht ihr Auftrag. (LN)

# Zigtausende holten Kraft bei Karl und Rosa



SEIT FRÜH UM 9 UHR STRÖMTEN an diesem 15. Januar wieder Zehntausende zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde, um Karl und Rosa zu ehren, aber auch, um am Grab von Wilhelm Liebknecht, Willi Bredel, Werner Lamberz, Wilhelm Pieck oder einem der vielen anderen hier zur letzten Ruhe gebetteten Sozialisten, die unterwegs von den vielen Blumenfrauen erworbenen roten Nelken niederzulegen. Die Blumenberge wurden immer höher, der herzerwärmende Menschenstrom die lange Gudrunstraße hinunter riss nicht ab. Stundenlang ging das so, bis dann auch der Demonstrationzug

mit den unzähligen roten Fahnen eintraf, auffallend viele türkische Kommunisten darunter, viele Iraner, blaue Fahnen der FDJ, der DKP, der Gewerkschaften, eine weiße von attac, Hunderte Transparente, die den Frieden auf der Welt ebenso einforderten wie soziale Gerechtigkeit. Allgegenwärtig Zitate von Karl und Rosa und dazwischen bekannte Gesichter, Käthe Reichel, Täve Schur... Ein erhebender, ein mutmachender, ein kraftpendender Tag. Den bürgerlichen Medien war er, wenn überhaupt, nur ein Herunterspielen wert. Gewiss, erbärmlich. Aber man kann es ja fast verstehen ...

Text und Fotos: wart



## SO SEHE ICH DAS



„Man hat die Deutschen, außer zu Hitler, zu allem zwingen müssen, vor allem zur Demokratie.“ Sarkastischer kann Sprache kaum sein (das Beispiel fand sich im *Neuen Deutschland* in einer Glosse zum Mozartjahr). Nun, Demokratie hatten sie ja auch nie wirklich, sieht man von deren Grundlagen in der DDR ab, dem allge-

meinen Recht auf Arbeit, auf Frieden, auf Bildung ... – aber das reichte nicht, es fehlte manche persönliche Freiheit. Und umgekehrt im Westen. Was Deutsche zigmillionenhaft wahrlich freiwillig auf sich nahmen und dann auch bekamen, das war Hitler (erinnert sei nur an den in ganz Deutschland verbreiteten Thälmann-Ausspruch: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler ...“). Und weil sie ihn nicht selbst vernichten wollten oder mussten, geistert sein Unwesen noch immer herum. Im Freistaat Sachsen hat seine Gefolgschaft mit bekanntlich fast zehn Prozent Wählerstimmen zur jüngsten Landtagswahl 12 Parlamentssitze errungen. Doch zum Ende des vergangenen Jahres ist die Nazifraktion plötzlich auf neun Köpfe geschrumpft. Drei spektakuläre Austritte. Schlag auf Schlag.

Ein Sieg der Demokratie, gar der Vernunft? Mitnichten! Vor allem weil der Verfassungsschutz Dinge in NPD-Strukturen tat und tut, die nicht in sein Aufgabengebiet fallen. Und die er morgen jederzeit in noch ungeliebte-

ren DKP-, KPD-, Linkspartei- und WASG-Kreisen praktizieren kann (oder längst praktiziert). Übrigens auch ein – von Linken oft sträflich unterschätztes – Indiz, dass in diesem Staat penetrant der Unterschied zwischen rechts und links negiert wird.

Inzwischen kolportieren Medien, weitere Fraktions-Austritte seien nicht zu erwarten, aber es hätten alle NPD-Abgeordneten Kontakte mit dem Verfassungsschutz. Warum auch nicht. Jeder auf seine Weise. Der gescheiterte Verbotsprozess lässt grüßen.

## Nazi-Schrumpfköpfe

Diese Austritte haben auch deshalb nichts mit Demokratie zu tun, weil ein Verfassungsschutz lediglich die Verfassung zu schützen hat, aber Menschen nicht zur Demokratie zwingen kann. Keiner der Fraktionsaussteiger hat sich vom Saulus zum Paulus gewandelt. Sie werden als parteilose und nach wie vor stramme Neofaschisten weiter im Landtag sitzen – aber natürlich nicht mehr als NPD-Schmuddelkinder abgewiesen, wenn sie nunmehr ganz demokratisch mit CDU und FDP gemeinsam abstimmen. (Ihre Stimmen waren ja bisher schon willkommen, zum Beispiel wenn es gegen den linken Fraktionschef Prof. Peter Porsch ging).

Mirko Schmidt (Meißen) und Klaus Baier (Annaberg) liebäugeln damit, eine neue – rechtskonservative – Partei, die *Sächsische Volkspartei* zu gründen, basisnäher, heimatverbunden vor allem. Die aus dem Westen eingeflogene Fraktionsspitze sei ihnen zu abgehoben, zu fern hiesiger sozialer Problematik. Man rechne mit 150 Gründungsmitgliedern, hieß es. Der Leipziger Jürgen Schön, der dritte der Aussteiger und zudem noch Landesvize,

bekundete sogar, gerne in die CDU eintreten zu wollen. Er bedauere, dies nicht schon früher getan zu haben.

Er würde da gut hinpassen, lehnt er doch „die rote Diktatur genauso ab wie die braune“. Pikant bei allem schließlich, dass Sachsens CDU und FDP nur ein einziges Mandat mehr bräuchten, um eine eigene Regierung zu bilden. Für die CDU würde das bedeuten, endlich der leidigen Koalition mit der sächsischen Mini-SPD zu entfliehen, die sich zwar nicht sehr energisch, aber mitunter halt doch ein bisschen krampfhaft um die Erhaltung eines eigenen Profils müht. „Phantomdiskussion“ – wiegeln CDU und FDP einhellig ab, keine demokratische Partei wolle es sich leisten, diese Nazis, die wahrlich nicht bloß verirrte Schäpfchen seien, aufzunehmen.

Der Grund, warum man diese Option in der CDU derzeit tatsächlich nicht weiter verfolgt, liegt eindeutig in Berlin, in der gerade so glücklich schmusenden großen Koalition. Da kann sich die Freistaats-CDU keinen Bruch mit der SPD erlauben. Aber als Drohpotential gegenüber der SPD eignet sich die neue parlamentarische Situation in Sachsen allemal. In den Ausschüssen hat sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten von FDP und CDU verschoben, die somit die Stimmen der SPD nicht mehr benötigen, denn die verkleinerte NPD-Fraktion musste Posten abgeben. Nicht schlecht, was die Schlapphüte da einfädelten – weshalb die Linkspartei.PDS auch forderte, dass sich der Parlamentarische Kontrollausschuss in seiner Januarsitzung mit diesen Vorgängen beschäftigt.

Viel Grund zum Jubeln gibt es also nicht. Nur weil die Fraktion schrumpfte, weil die NPD sachsenweit in einer einzigen Dezemberwoche mindestens 110 Mitglieder verlor, deshalb hat sich in den Hirnen der Schrumpfköpfe noch lange kein Schmalz angesammelt.

• MAXI WARTELSTEINER



## Paradoxe Kita-Gebühren

LN. Sogar die sächsische Sozialministerin Helma Orosz (CDU) kritisierte den Beschluss des Bundeskabinetts entsprechend einem Vorschlag der Bundesfamilienministerin zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten als unausgewogen: Vor allem profitiere davon eine gut verdienende Mittelschicht. „Singel-Haushalte und Geringverdienende bleiben außen vor.“

Aus der Linksfraction äußerte Falk Neubert, familienpolitischer Sprecher, zum Thema: „Je höher das Einkommen, desto niedriger die Kita-Gebühr – das ist Familienpolitik à la von der Leyen.“ Und er erläutert: „Ungefähr vor einem Jahr erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Daniel Bahr: ‚In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, dass in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen‘ und löste damit zumindest noch einen Aufschrei der Empörung aus. Der gleichen Logik folgt jedoch auch Frau von der Leyen. Mit der vorgesehenen Neuregelung zur Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten kommt es dazu, dass erwerbstätige Eltern mit einem Monatseinkommen unterhalb der Besteuerungsgrenzen die Gebühren für die Kindertageseinrichtung auch weiterhin in voller Höhe bezahlen müssen.“ Je höher das Einkommen, desto höher die Absetzbarkeit und desto niedriger die Kita-Kosten.

# Gilt der antifaschistische Konsens noch?

LN. Haltungen von Parteien und Politikern zum Rechtsextremismus haben in jüngster Zeit zu gefährlichen politischen Konfrontationen und Polarisierungen in Sachsen geführt. Nicht nur in der NPD-Fraktion regte sich Widerstand gegen den Vorschlag von Landtagspräsident Iltgen, dass die Fraktionen zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus gemeinsam das ehemalige KZ Auschwitz besuchen, auch die CDU rückte schnell von einem gemeinsamen Besuch ab, diffamierte dabei die Linke.PDS und brach damit erneut den antifaschistischen Konsens der Fraktionen vom Januar 2005. Und die SPD-Landtagsabgeordnete Margit Wehnert wendet sich gegen die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die sächsische Verfassung, verbunden mit dem absurden Vorwurf an die Linksfraction, die eine konsequente antifaschistische Position aller demokratischen

Parteien einfordert, sie spiele damit der NPD in die Hände. Währenddessen machen sich Rechtsextremisten für einen Wallfahrtsort der Holocaust-Leugner in Borna stark (siehe Chronik), ohne dass es angemessene staatliche Reaktionen gibt. Die Fraktion der Linken.PDS im Landtag hat dagegen in der vorigen Woche bei einem Erfahrungsaustausch mit Kommunalpolitikern der Partei über den Rechtsextremismus in Sachsen ihren konsequenten antifaschistischen Kurs bekräftigt. Die Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz, Sprecherin der Fraktion für antifaschistische Politik, erklärte dazu: „Es gibt in Sachsen keine Nazi-freien Zonen. Auch nicht nach den durch den Verfassungsschutz gesteuerten Austritten von NPD-Landtagsabgeordneten aus ihrer Partei.“ Noch immer sei Sachsen das Bundesland mit den meisten rechtsmotivierten Straftaten.

Die Beratung der Linksfraction mit Kommunalpolitikern, die vor Ort täglich mit dem Problem des Rechtsextremismus umgehen müssen, habe gezeigt, dass die Befürchtungen der Linken voll zutreffen. Von dem Parteiaustritt der drei NPD-Hinterbänkler sei keine nachhaltige Schwächung dieser Partei zu erwarten. Im Gegenteil scheinen die bisher noch vorhandenen ‚weißen Flecken‘ in der Parteistruktur getilgt zu werden. Teilnehmer der Beratung befürchteten sogar, dass in einer Trotzreaktion eine Stärkung der NPD erfolgen könnte, wenn sich die Indizien weiter verdichten, dass der Verfassungsschutz eine wichtige Rolle bei den Austritten gespielt hat. Auch nach der Verabschiedung des Landesprogramms *Weltoffenes und tolerantes Sachsen* besteht Grund zur Klage über mangelnde Unterstützung der Kommunen durch die Landespolitik in diesem Bereich.

## Arbeitsmarkt-Jahresbilanz für Sachsen:

### Hartz IV ist gescheitert

LN. Hartz IV habe vor allem den Jugendlichen unter 25 Jahren und den über 55-Jährigen, nichts gebracht, denn die Anzahl der Arbeitslosen in diesen Gruppen stieg im Jahre 2005 um 16,5 bzw. 16,7 Prozent. Das stellt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraction im Landtag, Caren Lay, fest. Gebracht habe Hartz IV einen grandiosen Planungsirrtum: bis zu 531 000 Menschen in 311 000 „Bedarfsgemeinschaften“ – über 13 Prozent mehr als prognostiziert. Wie von der Linksfraction vor einem Jahr vorausgesagt, hat Hartz IV keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geschaffen, im Gegenteil – ihre Anzahl sinkt weiter kontinuierlich.

Die Landtagsabgeordnete stellt weiter fest, dass mehr als die Hälfte der Arbeitslosen an die Kommunen abgeschoben wurden. Dies führe zu einer Arbeitsmarktpolitik im Blindflug. Aus der „Blackbox“ der betreffenden Kommunen seien bisher keine verlässlichen Zahlen an die Öffentlichkeit gedrungen. Die Mittel für Beschäftigungsförderung wurden nicht ausgeschöpft: Die Argen ließen voraussichtlich rund 150 Millionen, die Agenturen 61 Millionen Euro verfallen. Um so grotesker, so Caren Lay, erscheinen die Vorschläge, mittels Kombilohn Zigmillionen in die Subventionierung von Niedriglöhnen zu pumpen, die nur zu weiteren Verwerfungen am Arbeitsmarkt führen. Gleichzeitig wurden in erschreckendem Umfang Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik zusammengestrichen: die ABM-Stellen nahmen um 44 Prozent ab, stattdessen wurden 62 000 Menschen in Ein-Euro-Jobs gedrängt.

### Unzulässig

LN. Zur Behauptung von Ministerpräsident Milbradt, der PDS sei eine zwölfköpfige NPD-Fraktion lieber als eine durch Austritte dezimierte, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraction.PDS, Dr. André Hahn, die Linksfraction.PDS habe wiederholt erklärt, dass jede Schwächung der NPD ein Gewinn für Sachsen ist. Bei den Nachfragen zur Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz an den Austritten von NPD-Mitgliedern aus der Partei und der Fraktion, ging es nicht um die Neonazis, sondern darum, ob ein Geheimdienst aktiv daran mitwirken darf, Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu verändern.

### Gesetz nachbessern

LN. Landtagsabgeordnete der Linkspartei erklärten nach einer Expertenanhörung zum Verfassungsschutzgesetz, gegen das die Fraktion geklagt hatte, die Regierung habe kein verfassungsgemäßes Gesetz vorgelegt. Dies sei das klare Ergebnis der Anhörung. Befremdlich sei das Verhalten der SPD, deren Innenpolitikerin Margit Wehnert noch 2003 die Grundlinien des Gesetzes als „rechtlich nicht haltbar“ brandmarkte und nun als fünftes Rad am Wagen des CDU-Rechtsstaatsabbaus mitlaufe. Wichtigster Differenzpunkt ist: Für Kriminalität ist nicht der Geheimdienst, sondern die Polizei zuständig, die über alle nötigen Mittel verfügt.

### Maulkorb für INES

LN. Der Justizminister hat den Pressesprecher der sächsischen Anti-Korruptionseinheit INES abberufen. Nachdem schon die Strukturen von INES überprüft und ein hochkarätigsten Ermittler abberufen wurden, darf INES in der Öffentlichkeit nicht mehr für sich selbst sprechen. Die Eigenständigkeit von INES wird demontiert, wie MdL Klaus Bartl (Linke) feststellt, weil die Antikorruptionseinheit zu selbstbestimmt auch „nach oben“ ermittelt und das dem politischen Auftraggeber missfällt. Der Kampf gegen Korruption solle sich offenbar an dem alten Grundsatz orientieren: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.

### 10. Januar

**Dresden.** Die Landtagsfraktion der NPD lehnt die Teilnahme an einem Besuch von Abgeordneten aller Fraktionen in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Buchenwald ab, mit dem der Opfer der Nazi-Diktatur gedacht werden soll.

**Leipzig/Machern.** Rechtsanwalt Malte Heise will sein Mandat als Pflichtverteidiger des suspendierten, abgewählten und wegen schwerer Untreue angeklagten, Macherner Bürgermeisters Ralf Ziermeier niederlegen.

### 11. Januar

**Zwickau.** Der Mörder der siebenjährigen Ayla Sen wird zu lebenslanger Haft ohne Sicherungsverwahrung verurteilt.

### 12. Januar

**Dresden.** Die Landtagsfraktionen der Linkspartei.PDS und der Grünen wollen im Falle seiner Verabschiedung gegen das neue sächsische Verfassungsschutzgesetz klagen, da es nicht die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs erfülle.

### 14. Januar

**Borna.** Der rechtsextreme Verein „Gedenkstätte“ will auf dem Gelände des

## SACHSEN-CHRONIK

10. bis 23. Januar

Bergbauverwalters LMBV nicht nur, wie berichtet, eine Gedenkstätte für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges errichten. Vielmehr offenbaren versandte Faxes die Absicht, hier einen Wallfahrtsort für Holocaust-Leugner anzusiedeln.

### 15. Januar

**Dresden.** In einem Gutachten plädiert das Zentrum für Hochschulentwicklung für Studiengebühren in Sachsen. Wissenschaftsministerin Ludwig ist bisher gegen Studiengebühren aufgetreten, während sich Ministerpräsident Milbradt dafür ausspricht. Linksfraction und Grüne fordern ein Zweitgutachten.

### 16. Januar

**Leipzig.** Sachsens DGB-Vorsitzender Hanjo Lucassen schlägt ein Spitzengespräch von Gewerkschaft, Landesregierung, Arbeitsagentur und Arbeit-

geberverbänden mit dem Ziel, Sachsen als Modellregion zu gestalten. Gleichzeitig sei aber über die Einführung von Mindestlöhnen zu sprechen.

**Leipzig.** Jürgen Rühmann wird als neuer Präsident des Sächsischen Finanzgerichts in sein Amt eingeführt.

### 17. Januar

**Dresden.** Eine Verordnung der Landesregierung zwingt die Kommunen, stärker zu investieren, während jedoch 300 der 514 Kommunen Sachsens ihre Ausgaben kürzen müssen. Der Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages verweist darauf, dass mögliche Mehreinnahmen der Gemeinden größtenteils durch den Finanzausgleich und die Schulden tilgung aufgezehrt werden.

**Dresden.** Die von einem tschechischen Betrieb in die Elbe ausgetretene Blausäu-

re, die im Nachbarland zu erheblichem Fischsterben führt, hat sich auf dem Wege nach Sachsen so weit verdünnt, das zwar die Grenzwerte für Trinkwasser, aber nicht für Abwasser überschritten werden. **Chemnitz/Dresden.** Der Landeschef der rechtsextremen „Republikaner“, Martin Kohlmann, ist aus der Partei ausgetreten. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Wahlbetrug.

### 20. Januar

**Wiesbaden/Dresden.** Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden liegt die Anzahl der im Jahre 2005 in Sachsen Geborenen um 14 526 niedriger als die Anzahl der Sterbefälle. Mit 8853 gibt es auch bei der Bevölkerungswanderung ein negatives Saldo.

### 22. Januar

**Leipzig.** Bei der Nachwahl zum Sächsischen Landtag im Leipziger Wahlkreis 31, fällig geworden durch die ursprüngliche unberechtigte Nichtzulassung von Wolfgang Denecke (Linke.PDS), gewann Rolf Seidel (CDU) wie 1994 das Direktmandat (48,3 Prozent der Stimmen vor Denecke (22,7)).

Die Erinnerung gilt Antonio Gramsci zu seinem 115. Geburtstag am 22. Januar, einem außergewöhnlichen Repräsentanten der italienischen und internationalen Arbeiterbewegung.

Gramsci wurde auf Sardinien, in Alas, als viertes von sieben Kindern in eine Welt voller Entbehrungen, geboren. Was er hier sah und litt, beflügelte sein politisches Denken.

Mit enormen Fleiß erwarb er, unterstützt durch ein Stipendium, das Abitur und wurde 1912 an der Philosophischen Fakultät der Turiner Universität immatrikuliert. Er war ein exzellenter Student, der sich zunehmend dem Sprachstudium zuwandte und der seinen Lehrer hoffen ließ, in ihm einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben. Aber das Studium und das Leben in Turin als Hochburg der sozialistischen Bewegung führten Gramsci dazu, in ihr die Kraft zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu entdecken. Er knüpft Kontakte, schreibt im „Avanti“ und wird 1912 Mitglied der Italienischen Sozialistischen Partei (ISP). Gramsci verließ 1915 den akademischen Betrieb und trat an die Spitze der Turiner Organisation und wurde Redakteur des Zentralorgans „Avanti“.

Die russische Revolution 1917 wurde auch für ihn zum Fanal. Sie wird, wie auch das Wirken von Lenin, im Lande bekannt. Neben mehreren Fremdsprachen, die Gramsci beherrscht, lernt er Russisch, um die Dokumente und Schriften im Original studieren zu können.

Auf dem Gründungsparteitag der Italienischen Kommunistischen Partei (KPI) am 21. Januar 1921 wird er in die Parteiführung berufen, ein Weg, der ihn drei Jahre später an die Spitze der Partei führt.

In dieser Zeit vollzieht sich der „Marsch auf Rom“ durch die Faschisten am 28. Oktober 1922 und die Machtübernahme durch Mussolini. Es beginnt die Illegalität der IKP, die Verfolgung ihrer Anhänger, wie der Sozialisten und Demokraten.

Gramsci gründet 1924 die „Unita“ (Einheit), um die Zielsetzung zu bestimmen, die über die Arbeiterklasse hinausweist. Am 8. November 1926 wurde Gramsci trotz seiner parlamentarischen Immunität verhaftet. Es begann für ihn das lange

# Antonio Gramsci – ein großer Philosoph der Politik



Martyrium – Verbannung auf der Insel Ustica, quälende Untersuchungshaft in Mailand, Verurteilung zu mehr als 20 Jahren Zuchthaus – das erst mit seinem Tode am 27. April 1937 endete. Der Staatsanwalt hatte das Urteil mit den zynischen Worten begründet: „Man muss dieses Gehirn für zwanzig Jahre hindern, zu funktionieren.“

Gramsci aber gab nicht auf. Es entstanden seit 1929 auf 2800 Seiten seine Gefängnisaufzeichnungen (Quaderno del scarcerato – Hefte aus dem Gefängnis). 40 Jahre nach der Italienischen Edition, erschien die deutsche Ausgabe seiner Gefängnishefte in neun Bänden, herausgegeben vom „Deutschen Gramsci-Projekt“, Hamburg 2000.

Gramsci erschloss aus kritischer Sicht die Erfahrungen seiner Epoche. Es wird von W. F. Haugk als „Hauptwerk der politischen Philosophie des 20. Jahrhun-

## Antonio Gramsci GEFÄNGNIS HEFTE 1



I. Heft  
Argument

derts“ beurteilt. Gramsci sah sich wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet. Die Analyse historischer Fehler war ihm Voraussetzung für einen lebendigen Marxismus und die Erneuerung der sozialistischen Bewegung. Vor diesem Hintergrund verfolgte er auch nach dem Tode Lenins mit Sorge die zerstörenden Fraktionskämpfe in der KPdSU, ihre negativen Wirkungen in der Kommunistischen Internationale (KI) und den ihr angeschlossenen Parteien und forderte deren Autonomie. Er hegte Zweifel am proklamierten „neuen revolutionären Aufschwung“ der KI seit 1929/30, an der Einengung der Einheitsfront gegenüber der Sozialdemokratie durch die Sozialfaschismustheorie u. a. Er empfahl, statt die Diktatur des Proletariats zu propagieren, eine demokratische Phase ins Auge zu fassen, die in sein Modell des „historischen Blocks“ einmündete – einen gegliederten Block sozialer und politischer Kräfte, damit sich das Gleichgewicht nach links verschiebt und die Verhinderung des Faschismus und sein Sturz sowie die Errichtung einer neuen demokratischen Ordnung möglich wird. Eine Transformation, in der die Revolution als Prozess begriffen wird. Deshalb galt ihm das sowjetische Sozialismusmodell als nicht wiederholbar. Das implizierte den demokratischen Weg und die Symbiose von Demokratie und Sozialismus.

Wie bei Rosa Luxemburg trat auch Gramscis Aktualität im historischen Moment des Zusammenbruchs des Stalinschen Staatssozialismus ins Bewusstsein. Es bestätigte sich die von Peter Weiß getroffene Feststellung von der Linie Rosa Luxemburg – Antonio Gramsci als Perspektive des Marxismus als einer lebendigen Wissenschaft. Die in Europa sich formierende Linke sollte sich daran orientieren.

• HELMUT ARNDT

## Auf der Suche nach einer alternativen Ökonomie

Mit der Herausbildung einer öffentlich wahrgenommenen gesamtdeutschen linken Partei steht die Ausarbeitung einer alternativen ökonomischen Konzeption dringlich auf der Tagesordnung. In der strategischen Dreieinigkeit von Opponieren, Mitgestalten und Weiterdenken steht für die Reform des gegenwärtigen Systems die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die sogenannte MEMORANDUM-Gruppe. Aber welche Wege führen aus dem Kapitalismus hinaus und hinein in eine sozialistische Perspektive? Die Rückkehr zum gescheiterten Staatssozialismus ist ausgeschlossen. Was aber dann? Lässt sich anknüpfen an Denker, die dem Sozialismus verbunden waren, aber seiner realen Ausgestaltung als „Staatsmonopolismus“ kritisch gegen-

überstanden – wie der DDR-Wirtschaftswissenschaftler Fritz Behrens (1909–1980)? Dieser Fragestellung widmete sich erneut eine dank der Initiative von Hans-Georg Draheim zustande gekommene ganztägige wissenschaftliche Veranstaltung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, deren Beiträge jetzt veröffentlicht wurden.

Grundlegend in ihren Überlegungen erscheinen die Beiträge von Gerhard Zwerenz (Bloch, Behrens und der Chinesische Drache), Günter Krause (Über Behrens' Beitrag zu einer Theorie alternativer Ökonomie), Zinn (Behrens und Keynes) sowie Joachim Bischoff (Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie). Dem Platz von Fritz Behrens in der Geschichte der politischen Ökonomie widmen sich vor allem Die-

ter Janke (Von der wissenschaftshistorischen Analyse zur „Sklavensprache“) und Hans-Georg Draheim (Peter Carl Caldwell über die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary). Internationale Aspekte beleuchtet Stanislav Holubec (Konterrevolution oder demokratischer Sozialismus – der Prager Frühling 1968). Persönliche Eindrücke beim Lesen der damaligen Texte schildert Isa Kreft (Zur Lektüre von Behrens an einem Beispiel). Schließlich runden Einblicke in einzelne Behrens'sche Arbeits- und Themenbereiche von Eva Müller (Das gesellschaftliche Gesamtprodukt oder die Bruttowertschöpfung als Ausgangspunkt volkswirtschaftlicher Analysen), Horst Richter (Zur Theorie der produktiven und unpro-

duktiven Arbeit) und Klaus Müller (Behrens und Kautsky über Kapitalwanderungen) die aufschlussreiche Broschüre ab. Veranstalter und Herausgeber hoffen, dass die bisherigen Aktivitäten in einen lebendigen Gesprächskreis für eine „neue politische Ökonomie“ münden, wie sie Christa Luft an anderer Stelle forderte. Den Initiatoren sei dazu Ausdauer und Erfolg gewünscht!

• JOACHIM TESCH

Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens. Hg. Hans-Georg Draheim und Dieter Janke. (Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 18) Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005. 144 Seiten, br., 8 Euro bzw. 6 für Mitglieder

ANZEIGE

31. Januar 2006  
17.30 Uhr  
„Haus Leipzig“

**Oskar  
Lafontaine  
Dietmar  
Pellmann**

mit anschließender  
Talkrunde  
unter Einbeziehung  
des Publikums

Moderation:  
Volker Külöw (Linke.PDS)  
und Enrico Stange  
(WASG)

## 7. Die verhinderte Verständigung

Schon ziemlich früh spielt in den Strategiedebatten der Kennedy-Regierung auch das Thema Annäherung an Castro eine Rolle. Oftmals aber sind die Vorschläge alles andere als seriös; man spielt mit dem Gedanken, Castro in eine Falle zu locken. So regt das Außenministerium am 24. Mai 1962 an, der kubanischen Regierung folgendes vorzuschlagen: „Wir haben Sympathie für die ursprünglichen Ziele der Kubanischen Revolution – Sozialreform und Beendigung der Diktatur – und wir sind zuversichtlich, dass die Frage des Eigentums ... freundschaftlich verhandelt werden kann ... Würde sich Castro von den Kommunisten lösen, dann wären wir willens, normale Handelsbeziehungen mit seiner revolutionären Regierung wiederherzustellen.“ Dieses Herangehen an eine Annäherung solle, so der Hinweis des Ministeriums, moderat sein. „Castro muss sein Gesicht wahren können“, heißt es in dem Memorandum. Man müsse alle Furcht beseitigen, dass wir versuchen könnten, „Castro und seine Revolutionäre rauszuschmeißen oder dass wir auf Rückgabe der Besitzungen bestehen“. Castro müsse sich mit Würde (von den Kommunisten) lösen können. Man sollte auch darüber nachdenken, ob man Castro nicht eine multinationale Garantie anbietet. Doch was die wert gewesen wäre, zeigt der nächste Satz: „Wenn er erst einmal (mit den Kommunisten) gebrochen hat, dann würden wir selbstverständlich diese Politik nochmals überdenken.“

Kennedys Sicherheitsberater McGeorge Bundy sieht noch am 5. Oktober 1962, immerhin 10 Tage vor dem Beginn der Raketenkrise, zwei klare Alternativen für die Kuba-Politik der USA: „Entweder wir gehen militärisch rein oder wir müssen lernen, mit Castro und seinem Kuba zu leben und unsere Politik entsprechend anpassen.“ Für viele Monate sieht es dann so aus, als ob sich die Regierung Kennedy für den ersten Teil der Alternative entschieden hat: Die verdeckten Operationen werden verstärkt, die Sabotage nimmt zu.

(...) Präsident John F. Kennedy scheint jedenfalls an Verhandlungen interessiert, ohne vorerst seine Politik des Knüppels aufgeben zu wollen. Er fordert seine Mitarbeiter auf, „in dieser Frage flexibler zu denken“. Im engsten Kreis lehnt er es sogar ab, so schreibt Gordon Chase in einem Memorandum, die Forderung nach einem Bruch Castros mit der UdSSR als Vorbedingung für eine Annäherung zu stellen. „Keine Vorbedingungen, die Castro offensichtlich nicht erfüllen kann“ zitiert Chase den Präsidenten.

Im März 1963 ist die in den USA bekannte Journalistin der Fernsehstalt ABC und frühere Schauspielerinnen Lisa Howard in Kuba und interviewt Castro für eine Sondersendung über die Inselrepublik. Der kubanische Ministerpräsident spricht sich nachdrücklich dafür aus, eine gemeinsame Basis für die Annäherung beider Staaten zu finden. Er erwartet allerdings, dass die paramilitärischen Überfälle und Sabotageakte durch die von den USA geförderten Exil-Kubaner eingestellt werden.

Bei ihrer Rückkehr am 30. April wird die Journalistin schon in Miami von der CIA vernommen und ihre Darstellung der Gesprächsbereitschaft Castros versetzt die CIA-Führung in helle Aufregung. Von Miami aus lässt CIA-Direktor John Mc Cone Präsident Kennedy durch den amtierenden CIA-Chef Marshall S. Carter

Der Kai-Homilius Verlag sandte uns anlässlich der am 6. Januar von der ARD ausgestrahlten Dokumentation „Rendezvous mit dem Tod – Kennedy und Castro“ das Kapitel 7 „Die verhinderte Verständigung“ (zwischen Kennedy und Castro) und das Kapitel 10 „Wer erschoss JFK?“ und aus dem 326 Seiten umfassenden Buch „Im Fadenkreuz: Kuba“ von Horst Schäfer, das 2005 im Kai Homilius Verlag Berlin erschienen ist.

Der Publizist, der 11 Jahre als Journalist in den USA arbeitete und im Weißen Haus in Washington akkreditiert war, untersuchte und belegte an Hand von Originaldokumenten der CIA, des Weißen Hauses, des US-Außenministeriums und der Untersuchungsausschüsse des US-Kongresses die Außenpolitik der USA gegenüber Kuba – Blockaden, Überfälle, Sabotageakte, Mordunternehmen und andere Terrorakte.

Der Verlag betrachtet diese Leseproben als wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Dokumentation des

Journalisten Wilfried Huismann, der beweisen will, dass John F. Kennedy im Auftrag von Fidel Castro ermordet worden ist.

Schäfer macht in seinem Buch deutlich, dass es sich dabei um eine uralte Verschwörungstheorie handelt, die bereits unmittelbar nach dem Mord an Kennedy am 22. November 1963 in Dallas unter anderem von FBI und CIA in die Welt gesetzt wurde. Selbst in der Zeitung des Deutschen Bundestages „Das Parlament“ hieß es zu Schäfers Buch: „Am Beispiel der Beziehungen zwischen den USA und Kuba belegt Schäfer vornehmlich an Originaldokumenten ... (nach 30 Jahren, wenn auch mit vielen Einschwägungen, freigegeben), dass politischer Mord durchaus zur Theorie und Praxis der CIA zumindest gehörte ... Wer Schäfers Recherche einseitig findet, muss freilich auch die Fakten widerlegen, auf die sie sich stützt.“ LN bringt – stark gekürzte – Auszüge aus den beiden genannten Kapiteln.

# Koexistenz von Sozialisten und Kapitalisten?

am 2. Mai ziemlich ultimativ mitteilen, er erwarte, „dass gegenwärtig keine aktiven Schritte in der Frage der Annäherung unternommen werden“ und „er drängt darauf, sich bei der Diskussion (dieses Problems) in Washington die größten Beschränkungen aufzuerlegen“ (...)

In einer Sitzung mit Außenminister Rusk und dessen engsten Mitarbeitern am 22. Juni 1963 wird der CIA-Direktor noch deutlicher und erklärt: „Eine Annäherung kann von den USA nicht akzeptiert werden.“

Zwei Tage später lässt der CIA-Direktor seinem Ärger, insbesondere über den Außenminister freien Lauf. Nach einem Gespräch mit Dean Rusk schreibt er eine Protokollnotiz, die als Nummer 351, Band XI, der Dokumentensammlung des US-Außenministeriums über die Raketenkrise freigegeben wurde und in der McCone unter Hinweis auf das vorgelegte neue Sabotageprogramm der CIA festhält: „Ich habe den Eindruck, dass Minister Rusk nicht gerade enthusiastisch hinter dem CIA-Programm steht. Er denkt offenbar, dass es da eine Gelegenheit für eine Annäherung an Castro geben könnte ...“

(...) Anfang November 1963 sind trotz gelegentlicher Querschüsse aus der CIA und dem Pentagon alle Weichen für eine Verständigung mit Kuba gestellt. Eigentlich kann jetzt nichts mehr schief gehen. Beide Seiten haben sich seit Monaten vorsichtig abgetastet und in langen Vorgesprächen den Weg geebnet für eine mögliche Verständigung. Trotz der Mordanschläge, der Überfälle, der Terroraktionen gegen ihn und gegen sein Land hatte Ministerpräsident Fidel Castro immer wieder über alle nur möglichen Kontakte versucht, den Weg für eine Normalisierung der Beziehungen zu ebnen. Castro lädt Attwood am 31. Oktober zu Gesprächen nach Kuba ein und sichert volle Diskretion zu. Präsident Kennedy stimmt am 5. November 1963 in einem Gespräch mit seinem Sicherheitsberater Bundy einem geheimen Treffen von Botschafter Attwood mit Castro zu. Das wird am 12. November in einem Memorandum des Weißen Hauses festgehalten.

„Der Präsident favorisierte eine Öffnung gegenüber Kuba mehr als das Außenministerium“, stellt McGeorge Bundy fest. Attwood spricht am 18. November per Telefon mit einem Vertreter Castros in Havanna und teilt ihm mit, dass die USA bereit sind, vorbereitende Gespräche zu führen, allerdings nicht gleich in Kuba, sondern im Rahmen der UN in New York. Dafür müsse jetzt eine Tagesordnung ausgearbeitet werden.

Am 19. November versucht die CIA noch einmal, die Annäherung mit Kuba zu verhindern. Der Präsident wird von seinem Bruder angerufen, der darum bittet, Richard Helms, den Leiter der CIA-Abteilung für verdeckte Operationen, in einer wichtigen Angelegenheit zu empfangen. Der Justizminister und Helms kommen wenig später mit einer Maschinenpistole ins Weiße Haus – angeblich aus einem Waffenlager an der Küste von Venezuela. Das Lager sei dort von Kuba angelegt worden, so Helms, weil Castro versuchen wolle, die Regierung von Venezuela zu stürzen. Und der Beweis, dass es kubanische Waffen sind? Nein, nicht Hammer und Sichel auf jeder Waffe, wie 1954 bei den von der CIA organisierten Waffenlieferungen durch ein sowjetisches U-Boot für Guatemala. Dieses Mal tragen die Schäfte der Maschinenpistolen das offizielle Siegel von Kuba. (Richard Mahoney: „Sons and Brothers“, unter [www.jfkclan-ger.com](http://www.jfkclan-ger.com))

Doch der Präsident zeigt sich nicht sonderlich beeindruckt und hält an seinem Verständigungsplan fest. (...)

Ebenfalls am 19. November trifft sich Castro mit dem französischen Journalisten Jean Daniel, der zuvor mit dem US-Präsidenten zu einem Gespräch zusammen gekommen war. Kennedy hatte ihn aufgefordert, nach dem Gespräch mit Castro – quasi als Shuttle-Diplomat – wieder im Weißen Haus über seine Erfahrungen in Havanna zu berichten, denn Kennedy, so Daniel, interessiere sich sehr für die Ansichten Castros und seine Vorstellungen über eine mögliche Annäherung beider Länder.

Castro äußert gegenüber dem Journalis-

**Castro und Kennedy waren auf dem besten Weg dahin. Aber die CIA war davor ...**

ten, Kennedy könne durch eine Verständigung mit Kuba einer der bedeutendsten Präsidenten der USA werden, ein Präsident, der letztlich versteht, dass es eine „Koexistenz zwischen Kapitalisten und Sozialisten“ geben kann, sogar auf dem amerikanischen Kontinent. Man verabredet sich für eine zweite Gesprächsrunde am 22. November. Diese ebenfalls mehrstündige Zusammenkunft drei Tage später wird von einem aufgeregten Mitarbeiter des kubanischen Ministerpräsidenten mit der Nachricht unterbrochen: „Präsident Kennedy wurde erschossen.“ Als Castro hört, dass der bisherige Vizepräsident Johnson sofort als neuer US-Präsident vereidigt wurde, fragt er Jean Daniel: „Welche Macht hat er über die CIA?“ (Jean Daniel: „When Castro heard the news2, in New Republic am 7.12.63)

## 10. Wer erschoss JFK?

Die nahe liegende Frage, ob und in welchem Umfang insbesondere die CIA, andere Regierungsstellen, der militärisch-industrielle Komplex, die Mafia oder eine Kombination der Genannten in das Mordkomplott gegen Präsident Kennedy verwickelt waren, ist seit den Schüssen von Dallas immer wieder in unzähligen Ausschüssen, Artikeln und Büchern untersucht und auf vielen Konferenzen diskutiert worden. Beweiskräftig beantwortet ist sie nach wie vor nicht. Bereits 1979 war ein Ausschuss des US-Repräsentantenhauses über die Morde an Präsident Kennedy und Martin Luther King nach zweijährigen Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich nicht – wie die Warren-Kommission behauptete – um einen Einzeltäter namens Lee Harvey Oswald gehandelt habe, sondern um eine Verschwörung mehrerer Täter. Allerdings sei der Ausschuss nicht in der Lage, Beteiligte zu nennen. Ein Punkt war aber klar: Weder die Sowjetunion noch Kuba hatten etwas mit dem Mord zu tun. (Report of the Select Committee on Assassinations of the U.S. House of Representatives, U.S. Government Printing Office, Washington 1979)

Doch CIA-Agenten, die Mafia oder Castro-feindliche kubanische Kreise wollte der Ausschuss als potentielle Beteiligte am Kennedy-Mord nicht ausschließen. Schließlich gab es für CIA-Mitarbeiter, Exil-Kubaner, Militärs, reaktionäre Unternehmerkreise insbesondere der Rüstungsindustrie, Mafiosi sowie für die Kräfte, die eine Verständigung mit der Sowjetunion scharf ablehnten, genügend Gründe – das hatte ihnen auch Kennedys UNO-Rede deutlich gemacht –, sich schnellstens, noch vor Beginn des Wahljahres 1964, einen anderen Präsidenten zu „wünschen“. Denn die Chancen auf eine Wiederwahl und damit vier weitere Kennedy-Jahre standen für JFK sehr gut. (...)

### Kennedy-Mord und Castro

Der Geheimbericht des CIA-Generalinspektors von 1967 über die Mordversuche an Castro wird durch einen Zeitungsartikel ausgelöst. Der verweist zum ersten Mal öffentlich auf den CIA-Plan, Castro 1963 umzubringen. Interessant an dem Artikel ist, dass er überhaupt erscheinen konnte sowie die Jahresangabe der Mordversuche an Castro: Nämlich 1963. Wieso erst, wieso nur 1963? Schließlich begannen die CIA-Versuche, Castro umzubringen, nachweislich schon zumindest 1959/60 und der Informant der beiden Journalisten aus Geheimdienst oder Regierung wusste das. Doch offenbar passt 1963 besser zu dem Versuch, die geplante Ermordung Castros mit der Ermordung Kennedys in Verbindung zu bringen. Was dem Leser in dem Artikel suggeriert werden soll, ist: Castro wusste von den Attentatsversuchen der CIA gegen ihn, er konnte einige Attentäter fassen, sie „umdrehen“ und dann nach Dallas schicken ...

Bestimmte Kreise wollen offenbar mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. (...) Der Vorwurf, die Ermordung eines anderen Staatsmannes versucht zu haben, dann aber gescheitert und – in Umkehrung der eigentlichen Absicht – selbst das Opfer der eigenen Politik geworden zu sein, würde die Demokraten und ihren Präsidentschafts-Kandidaten erhebliche Stimmen kosten. In diesem Zusammenhang wird auch das Gerücht in Umlauf gesetzt, Robert Kennedy leide deshalb besonders unter dem Tod seines Bruders, weil er sich wegen seiner Unterstützung und Forcierung der US-Politik gegen Kuba persönlich an dessen Ermordung schuldig fühle. Drittens kann auf diese Weise Fidel Castro des Mordes an Kennedy bezichtigt und er damit in seinem Land und international verleumdeter werden. Und viertens ist eine neue Diskussion über den Kennedy-Mord mit Castro als angeblichem Auftraggeber des Mordes eine hochwillkommene Ablenkung von der durch Präsident Johnson forcierten US-Aggression in Vietnam. In den USA formiert sich 1967 gerade eine gewaltige Protestbewegung gegen den Krieg. (...)

### Lee Harvey Oswald

Seit dem Tag von Kennedys Ermordung wird versucht, zumeist ziemlich plump, Lee Harvey Oswald als gekauften Mord-Agenten Kubas zu „entlarven“. Der Sonderausschuss des US-Senats unter Senator Frank Church untersucht 1975/76 auch den Kennedy-Mord unter besonderer Berücksichtigung der CIA-Mordanschläge gegen Fidel Castro. Die Senatoren finden heraus, „dass Oswald für die (US)-Geheimdienste kein Unbekannter war“ und stoßen bei ihren Recherchen auf einige weitere Merkwürdigkeiten. (...) So fällt dem Untersuchungsaus-

schuss auf, dass das offizielle Washington ohne substantielle Untersuchung sehr bald wusste, dass Oswald sowohl der Mörder als auch ein Einzeltäter war. „Nahezu sofort nach dem Mord (an Kennedy) haben (FBI) Direktor Hoover, das Justizministerium und das Weiße Haus Druck ausgeübt auf die leitenden Angestellten, ihre Untersuchung zu beenden und einen Tatsachen-Bericht mit der Schlussfolgerung zu veröffentlichen, dass Oswald der alleinige Mörder war“, stellt der Senatsausschuss fest. Daher sei es nicht verwunderlich, dass sich die Morduntersuchung fast vollständig auf Oswald konzentrierte.

(...) Bekannt ist, dass Oswald – von wem auch immer – mehrere Monate vor dem Kennedy-Mord gezielt als Freund Kubas aufgebaut wird. Das geschieht unter anderem durch die Gründung einer Solidaritätsgruppe für Kuba in New Orleans, obwohl er mit seiner Frau im fast 800 km entfernten Dallas wohnt. Während er kurz zuvor noch einer paramilitärischen Gruppe von Exilkubanern seine Unterstützung als ehemaliger Angehöriger des



Marine-Korps beim Training für Sabotageeinsätze in Kuba angeboten hat, gibt er plötzlich kubafreundliche Radiointerviews, verteilt entsprechende Flugblätter nahe dem FBI-Büro, hängt sich Plakate mit Viva Fidel um und schreibt merkwürdige Leserbriefe an die kommunistische Zeitung The Worker mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft seiner neuen Pro-Kuba-Gruppe an den KP-Vorsitzenden Gus Hall.

Obwohl dem FBI von seinen Agenten alle Details des „Linksschwenks“ von Oswald mitgeteilt werden, reagiert man dort im Gegensatz zum üblichen FBI-Verhalten gegenüber Linken erstaunlich gelassen. (...)

Angeblich unternimmt Oswald auch eine Reise nach Mexiko-Stadt zur kubanischen und sowjetischen Botschaft – angeblich deshalb, weil es inzwischen schon zahlreiche Indizien dafür gibt, dass es sich dabei um einen Doppelgänger handelt hat. Insbesondere in Mexiko, so registrierte der Untersuchungsausschuss, sind CIA- und FBI-Vertreter sowie die Botschaft sehr aktiv, um Oswald als Castros Werkzeug darzustellen. Schon einen Tag nach dem Kennedy-Mord kabelt der FBI-Repräsentant an der diplomatischen Vertretung in Mexiko-Stadt an das FBI-Hauptquartier: „(Der) Botschafter ist sehr beunruhigt darüber, dass die Kubaner hinter dem Subjekt stehen, das den Präsidenten ermordet hat.“ Botschafter Thomas C. Mann sei der Ansicht, dass FBI und CIA alles tun sollten, das zu klären.

Zwei Tage später werden Botschaft und Geheimdienste fündig. Der Church-Report beschreibt das so: „Am Mittag des 25. November erschien ‚D‘, ein Lateinamerikaner, in der (US)-amerikanischen Botschaft in Mexiko-Stadt. Er erzählte dem Botschaftspersonal, dass er am 17.

September im kubanischen Konsulat war und dort Kubaner sah, die mit Oswald über Mord redeten und ihm eine Geldsumme übergaben. Er wiederholte seine Geschichte später gegenüber dem Chef der CIA-Station.“ Hoover berichtet dann dem Präsidenten, es habe sich um 6500 Dollar gehandelt.

Schon am nächsten Tag wird die geheimnisvolle Spur in einem Telegramm der CIA-Station an ihr Hauptquartier bestätigt, und zwar durch eine neue „zuverlässige Quelle ...

(...) Doch irgendwann kommen die Geheimdienste mit den Daten durcheinander. (...) Als Resümee stellt der Senatsbericht fest: „CIA und Warren-Kommission sind später zu dem Schluss gekommen, dass die Geschichte eine Erfindung war.“ Die nahe liegende Frage, wer sie erfunden hat, wurde weder von der Warren-Kommission noch vom Senatsausschuss untersucht und beantwortet.

Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses stellen dann noch fest, dass Oswald (oder sein Doppelgänger) und der CIA-Agent William G. Gaudet nicht nur



zur selben Zeit in Mexiko-Stadt waren, sondern ihre Touristen-Einreisekarten nach Mexiko aufeinander folgende Nummern haben, sie also praktisch zusammen die Grenze passiert haben müssen. Gaudet kannte Oswald aus New Orleans. Erstaunlich findet es der Ausschuss, dass in der aus Mexiko übermittelten Liste der Einreisekarten, die die CIA der Warren-Kommission vorlegte, der Name des CIA-Agenten unkenntlich gemacht worden war. (...)

### Ausgebremst, ausgetrickst, ausgelöscht

Auch das Verhalten des Secret Service, der für die Bewachung des US-Präsidenten rund um die Uhr zuständig ist, wird vom Untersuchungsausschuss des Repräsentantenhauses unter die Lupe genommen. Und selbst da gibt es einige Auffälligkeiten. So kommen in den Tagen unmittelbar vor dem Mord sowohl aus Chicago als auch aus Miami relativ präzise Warnungen (z. B. vor einem Anschlag aus einem Bürohochhaus auf Kennedy), denen nicht nachgegangen wurde. Unmittelbar nach dem Mord erhielt der Secret Service ebenfalls in Chicago von einem Informanten den Hinweis, eine exil-kubanische Terrorgruppe sei vielleicht in den Mordfall verwickelt. Der Informant berichtet, dass die Gruppe über sehr viel Geld verfügt, Waffen gekauft hat und an paramilitärischen Einsätzen gegen Kuba beteiligt war. Deren Leiter, Homer S. Echevarria, hatte am Vorabend des Mordes dem Informanten erklärt, man werde sich „um Kennedy kümmern“. Der Secret Service ermittelt, dass die Gruppe um Echevarria zusammen mit anderen Anti-Kuba-Terrorgruppen – darunter auch die Gruppe MIRR eines der schlimmsten Terroristen, Orlando Bosch Avila – zu der exil-kubanischen Sammelbewegung JGCE (Kubani-

sche Regierungs-Junta im Exil) gehört, die vom Chicagoer Rechtsanwalt Paulino Sierra Martinez geleitet wird und auch Kontakte zur Unterwelt hat.

Die Präsidenten-Bewacher wännen sich auf einer heißen Spur. Doch sie werden sofort vom FBI ausgebremst. Die Bundes-Kriminalpolizei erklärt dem Secret Service, die Gruppe um Echevarria, so steht es im Kongress-Bericht, „war kaum in irgendeiner illegalen Akte verwickelt“. Der Secret Service ist misstrauisch und will sich auch damit nicht zufrieden geben, denn seine Ermittlungen haben das Gegenteil ergeben. Man beschließt, die Sache genauer zu untersuchen und einen Spitzel in die Gruppe zu schicken. Doch schon am 29. November 1963 wird dem ein Riegel vorgeschoben. Präsident Johnson ordnet an, dass im Zusammenhang mit der Gründung der Warren-Kommission das FBI das ausschließliche Recht erhält, den Mordfall zu untersuchen. Und das setzte das FBI auch gegenüber dem Secret Service durch. (...) Den Untersuchungsgremien des US-Kongresses – und vielen, die sich mit der Ermordung des Präsidenten beschäftigt haben – fällt auf, dass eine große Anzahl der Personen, die zum Kreis der Zeugen oder sogar der Verdächtigen im Mordfall Kennedy zählen und die oft auch an den Mordverschwörungen der CIA, der Mafia und der Exilkubaner gegen Castro beteiligt waren, eines plötzlichen Todes sterben, bevor sie Aussagen machen können. Auch einige Journalisten, die den Mord recherchierten, werden entweder umgebracht oder finden durch Unfälle oder Selbstmord den Tod. (...) Der US-Publizist Jim Marrs berichtet von insgesamt 103 Personen, die auf irgendeine Weise mit dem Mordfall verbunden sind und unter sonderbaren Umständen oder zeitiger als üblich sterben. (Jim Marrs: „Crossfire: The Plot to kill Kennedy“, Carroll & Graf, 1990). (...)

Kennedy-Berater Arthur Schlesinger jr. vermutet, man könne die Verantwortlichen für den Kennedy-Mord eher unter den exilkubanischen Castro-Gegnern in den USA finden. Und ohne William Harvey und David Morales zu erwähnen setzt er hinzu: „Auch eine Beteiligung abtrünniger CIA-Leute ist nicht auszuschließen.“ („Der JFK-Mord – wieder aufgerollt“, US-Dokumentation 1998). Ob Schlesinger zu dieser Gruppe auch die beiden prominenten CIA-Terroristen David Atlee Philips und Howard Hunt rechnet, die Organisatoren des Staatsstrechs gegen Guatemala sowie des US-Terrorfeldzugs in den 60er Jahren gegen Kuba, ist nicht bekannt. Während der Ermittlungen durch Gremien des US-Kongresses über den Kennedy-Mord gehören beide zum Kreis der Verdächtigen, ohne dass ihnen dann etwas nachgewiesen werden kann.

Aber am 6. Oktober 2004 äußert sich Hunt, inzwischen 86 Jahre alt, in einem Interview mit dem Magazin Slate des Microsoft-Networks MSN auch zur Ermordung des US-Präsidenten. (www.msn.com) Auf die Feststellung der Interviewerin „Mir ist bekannt, dass es eine Verschwörungstheorie gibt, der zufolge David Atlee Philips in den Mord an JFK verwickelt war“, entgegnet Hunt: „Dazu habe ich keinen Kommentar.“ In Klammern steht an dieser Stelle, dass er auf die Frage „deutlich beunruhigt“ (visibly uncomfortable) reagiert habe. „Und es gibt ja sogar die Verschwörungstheorie, dass Sie an dem Tag in Dallas waren, als JFK getötet wurde“, hakt die Journalistin nach. Ziemlich abrupt kommt die knappe, aber auch viel sagende Antwort: „Kein Kommentar.“

Es bedarf eigentlich keiner Jubiläen wie der 250. Wiederkehr des Geburtstags, um Wolfgang Amadeus Mozart zu würdigen. Sein Werk ist in den Opernhäusern, Konzertsälen und Kirchen in aller Welt gegenwärtig. In einer der heute zahllosen Umfragen nach den bekanntesten Begriffen, soll Mozart nach dem Spitzenreiter Coca Cola als zweiter noch vor Jesus Christus ermittelt worden sein.

Doch wenn ein Gedenktag wie dieser 27. Januar aller Orten zu speziellen Ehrungen führt, bleibt die Frage, was dazu veranlasst und berechtigt. Mit dem Verweis auf Mozarts Genialität lässt sich das nicht allein begründen, denn die Musikge-

Von **WERNER WOLF**

schichte kennt nicht wenige Genies, die keine derartige Popularität erreichten. Zur Genialität kommt bei ihm eine musikalische Universalität, die in keinem anderen musikalischen Lebenswerk in derartiger Vollendung zu finden ist.

Diese musikalische Vielfalt und Genialität zeigt sich vom nur 20 Takte umfassenden Lied *Komm, lieber Mai* bis zur großen Oper, zur Messe und zum Requiem, von Menuetten, Kontretänzen und Deutschen, unverwechselbaren Divertimentos und Serenaden bis zu den drei großen Sinfonien von 1788, von unbeschwerter Klaviervariationen über ehemals beliebte Opernarien und Lieder bis zum großen Klavierkonzert. Und alles erfüllt ein bis dahin kaum bekannter Reichtum, der gegensätzlichste Empfindungen und Gedanken, Launiges und Ernstes, Heiteres und Tragisches, Burschikoses und Festliches mit allen denkbaren Zwischentönen und Kombinationen zuweilen in einem einzigen Werk vereint. Dabei wusste Mozart das Einfachste auch für den Fachmann geistvoll und höchst Anspruchsvolles für den „einfachen“ Musikliebhaber anrührend zu sagen.

Was andere Meister vor und auch noch neben ihm in den verschiedenen musikalischen Gattungen und Formen mehr oder minder getrennt an Bedeutsamen ausprägten, griff Mozart auf und verband es zu einem immer wieder neue Nuancen offenbarenden musikalischen Mikrokosmos. So folgt in der Oper *Die Zauberflöte* dem lustigen Auftritt Papagenos mit dem unbekümmerten Singspiel-Lied *Der Vogelfänger bin ich ja* nach einem

## Mozarts musikalische Universalität

Die Welt feiert Wolfgang Amadeus Mozarts 250. Geburtstag



heiteren und zugleich hintergründigen Dialog Taminos innig-ernste Arie *Dies Bildnis ist bezaubernd schön*. Ganz anders geartete Gegensätze treffen in der leidenschaftlich zum Mord an Sarastro drängenden Rache-Arie der Königin der Nacht und der sanftmütigen Erwidmung in Sarastos schlichtem liedhaften Gesang *In diesen heil'gen Hallen kennt man die Rache nicht* aufeinander.

Durchaus verschiedenartige Gegensätze zeichnen auch die anderen Opern Mozarts seiner zehn Wiener Jahre, aber auch die früheren für Italien und deutsche Höfe geschaffenen aus, nicht weniger die Sinfonien, Konzerte für Klavier, Violine und Blasinstrumente, die Kammer- und Klaviermusik. Aber auch die der Unterhaltung dienenden Serenaden und Divertimentos führte Mozart zu eine Höhe, die alles bis dahin von anderen Meistern Geschaffene überragte.

Der Vater Leopold Mozart erkannte früh die einzigartige Begabung des Kindes und förderte sie als sein Lehrer zielstre-

big. Auf Reisen führte er das dabei arg strapazierte Wunderkind und dessen fünf Jahre ältere, Nannerl genannte Schwester in die damaligen europäischen Musikzentren, zuerst von Salzburg nach Wien. Mit dem Siebenjährigen und Nannerl reiste er 1763/66 für dreieinhalb Jahre nach Paris, London, den Haag und Amsterdam. Drei Italienreisen folgten zwischen 1770 und 1773. 1777/79 weilte Mozart in Mannheim und nochmals in Paris. Als er 1781 die ihn beengende Salzburger Konzertmeister-Stellung aufkündigt und sich in Wien niederließ, nahm er wie auf den Reisen auch dort Neues

und Besonderes mit wachen Sinnen auf. Für die ersten 1764 oder 1765 vom Acht- oder Neunjährigen komponierten Sinfonien erweist sich der seit 1762 in London ansässige jüngste Bach-Sohn Johann Christian als unverkennbares Vorbild. Doch schon in diesem Alter wusste Mozart die übernommenen Formen und Gesten in erstaunlichem Maße mit eigenem Empfinden zu erfüllen, vor allem in den langsamen Sätzen. So geschah das auch in den für Italien geschriebenen Opern des 14- bis 16-Jährigen.

In den für den Hof des Salzburger Erzbischofs geschriebenen Messen und anderen Kirchenmusiken drängte er trotz einengender Vorschriften zur Dauer und zum Charakter über diese Konventionen hinaus. Die Sinfonien, Serenaden und Divertimentos dieser Zeit besitzen ebenfalls ihren eigenen Charakter. Wenn Mozart in Wien Anregungen von Giovanni Paisiello aufnahm, dessen *Barbier von Sevilla* der Oper *Figaros Hochzeit* voraus ging, vervollkommnete und erweiterte er dessen

neuartige Ensemblegestaltung und instrumentatorischen Fortschritte.

In den zehn Wiener Jahren führte Mozart die Oper und das Klavierkonzert zu bisher ungekannter Höhe. Der Oper machte er sinfonische Gestaltungsprinzipien nutzbar, im Klavierkonzert vereinte Spielfreudigkeit und Kantabilität mit sinfonischem Geist. Neben Joseph Haydn als Meister der Sinfonie, des Streichquartetts und der Klaviersonate schuf er auch auf diesen Gebieten Unverwechselbares, Einmaliges.

Wer Mozart auch als Menschen verstehen will, muss gewiss die Briefe unterschiedlichen Charakters und Inhalts, Berichte und Beschreibungen seiner Zeitgenossen lesen. Doch dürfen Lausbübisches und auch Ordinäres, zuweilen vorgeführte Purzelbäume und auch erotische Eskapaden nicht überbewertet werden. Oft mögen Albernheiten nur zum Ausgleich und Entspannen nach harter, konzentrierter Arbeit gedient haben.

Die von Mozart selbst ausgewählten Stoffe und Texte seiner Hauptopern und deren Musikalisierung geben bestimmt tiefer gehende Aufschlüsse. Die weit geschwungene, an gegensätzlichen Empfindungen reiche Melodik, die motivische Vielfalt, die in ihren Kombinationsreichtum und ihrer Großräumigkeit alles bis dahin Geschaffene weiter überragende Ensemblegestaltung, die spannungsgeladene Harmonik mit ihren schroffen Dur-Moll-Kontrasten und überraschenden modulatorischen Verläufen, die farbenreiche, alle damaligen Möglichkeiten ausschöpfende und weiterführende Instrumentation erwecken immer wieder Staunen und eröffnen stets neue Einblicke.

In welchem Maße Mozart vor allem in den letzten fünf Jahren seines kurzen, knapp 36 Jahre zählenden, am 5. Dezember 1791 erloschenen Lebens von Widersprüchen und Konflikten seiner Zeit wie von persönlichen Problemen bedrängt wurde, lassen die zunehmend auftretenden ersten, schwermütigen, tragischen Züge in Klavierkonzerten, Sinfonien, Streichquartetten und -quintetten und im Requiem nur erahnen.

Doch die nur zehn Wochen vor dem Tod vollendete Oper *Die Zauberflöte* schafft ein Bild zu gewinnender Harmonie in einer ersehnten Ordnung der Humanität, wie sie die Aufklärer des 18. Jahrhunderts erstrebten. Werden diese menscheitsumfassenden Ideale auch 250 Jahre nach Mozarts Geburt nur ein schöner Traum bleiben?

Ein voller Kinosaal. Die Zuschauer zwischen 16 und 60 Jahren. Kein Handy stört. Keiner kichert an falscher Stelle. Jeder ist auf ganz persönliche Art und Weise für knapp zwei Stunden mit sich und einem

Von **MICHAEL ZOCK**

Film beschäftigt.

So ein kleines Wunder gibt es nun schon wochenlang auch in den Leipziger Passage-Kinos mit „Sommer vorm Balkon“, Regie Andreas Dresen. Ganz selten vergeblich das Prädikat: Erscheinen Pflicht! In diesem Fall tue ich es, da man sonst einen der schönsten Filme des Jahres verpassen würde. Leute vom Prenzlauer Berg (oder wir) werden beim Leben, Lieben, Lachen, Sterben, Staunen und

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### Liebe und Leid auf dem Balkon

Stänkern beobachtet. Quer durch die Generationen und so geschickt verhandelt, dass dieser Sommer alle im jetzigen harten Winter erwärmt.

Katrin, ohne Arbeit aber mit nervendem Bewerbungstraining des Arbeitsamtes, trinkt zuviel. Die gelernte Schaufensterdekorateurin wandelt mit ihrem halbwegsigen Sohn nicht gerade auf der Sonnenseite des Lebens. Ihr Freundin Nike schlägt sich tagsüber als Krankenpflegerin

mit Charme und Witz durch Situationen, in denen menschlich allzumenschliches ihrer Patienten mal nässt, mal riecht, mal zum Heulen komisch ist. Steht eine alte Dame vor dem Spiegel und meint: „Wäre doch mein Gesicht so faltenlos wie mein Po.“ Darauf Nike „Da haben sie den aber lange nicht gesehen“. Die 90-jährige Schauspielerin Christel Peters spielt diese wunderbare, lebenskluge, alte Frau. Ihr plötzlicher Tod

beim Akkordeonspiel ist eine der berührendsten Szenen. Da gibt eine Wohnung weiter ein Ronald oder Roland (keine Frau merkt sich im Film seinen Namen), den liebsten Typ aus der Eckkneipe, der sich durchs Leben fährt mit seinem Laster. Und den die Mädels mögen... nicht nur auf dem Balkon. Trotzdem ein Verlierer, auch auf der Überholspur der Autobahn.

Das Drehbuch schrieb Wolfgang Kohlhaase einer der versiertesten Autoren der DEFA. Kein Wort zuviel. Kein Dialog peinlich. „Als ob man dem Leben bei der Arbeit zuguckt.“ - so äußerte sich der Regisseur zu den Dialogen. Schöner kann man es nicht ausdrücken. Zu hören ist in diesem Film auch viel Schlager-Tamtam. Und zwar von der älteren Art. Gute

20 Jahre dudeln diese Titel durch den Äther. In Dresens Film sorgen Nana Mouskouri mit „Guten Morgen Sonnenschein“, oder Costa Cordalis oder Marianne Rosenberg für Stimmung in der Prenzlauer Eckkneipe und für Schmunzeln im Kinosaal. Sie tönen immer genau im richtigen oder bewusst falschen Moment.

Wenn man in 50 Jahren einmal wissen möchte: Wie haben hier die Leute zu Beginn des 21. Jahrhunderts geliebt und gelebt? Antworten gibt dieser Film. Und wenn man noch wissen möchte: Was ist los mit mir und meinen Sichten auf diese verrückte, offenbar aus den Fugen geratenen Welt? Auch da könnte der „Sommer vorm Balkon“ zu tieferen Einsichten verhelfen. Kann Kino noch mehr bewirken? Kaum!

Prof. Dr. Karl-Friedrich Lindenau, Nationalpreisträger der DDR, leitete in Leipzig das Herzchirurgische Zentrum, eine der fünf Einrichtungen dieser Art in der DDR. Am 30. Mai 1992 wurde der international hochgeachtete Herzchirurg, der vielen Hunderten Menschen das Leben gerettet hatte, wegen „Staatsnähe“ entlassen, vollzogen durch Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer (CDU), Minister der sächsischen Landesregierung. Dieser Inquisitor, der „So wahr mir Gott helfe“ geschworen hatte und schwarze Listen im Lande kursieren ließ, war zu DDR-Zeiten an der Berliner Humboldt-Universität stellvertretender Sektionsdirektor für Erziehung und Ausbildung, Reisekader fürs westliche Ausland und Chefdolmetscher des Hochschulministers der DDR auf dessen Auslandsreisen. Von der Stasi überprüft und für gut befunden, war aus dem einst sehr „Staatsnahen“ ein DDR-Hasser geworden.

K. F. Lindenau, dessen Vater ein Schuster war, schreibt warmherzig über seine Kindheit und Schulzeit, über sein Medizinstudium in Leningrad, das er ab dem 9. Semester an der Humboldt-Universität fortsetzt und beendet. Der Leser bekommt Einblick in die Entwicklung der Herzchirurgie in der DDR und in die ärztliche Arbeit des Autors, der die Schwierigkeiten und die Rückstände in der DDR nicht verschweigt. Für ihn ist der Eid des Hippokrates bis heute das Credo des Mediziners.

Als er im September 1983 als Ordinarius an die Leipziger Karl-Marx-Universität berufen wird, ist er bald mit der Rekonstruktion der Klinik befasst. Was er hierüber schreibt, war

Auch ein  
Leipziger  
Trauerspiel

## Der abgewickelte Chef-Herzchirurg



Professor  
Dr. Karl-  
Friedrich  
Lindenau  
am  
Kranken-  
bett

„typisch DDR“ wie auch die Bereitschaft der Beteiligten, aus eigener Kraft die Misere zu überwinden. „Es war ‚unsere Klinik‘, es waren ‚unsere Patienten‘, für die wir Verantwortung trugen. Später, unter veränderten politischen Verhältnissen, hieß es darüber, wir hätten damit das Unrechtsregime gestützt und getragen... Unsinn. Unser Engagement für die DDR war Einsatz für die hier lebenden Menschen, für das Gemeinwesen und keineswegs für eine Ideologie oder ein Politbüro.“

Mit der „Wende“ verließen innerhalb weniger Wochen etwa 13.000 Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern u. a. medizinisches Personal die DDR. An den Kliniken der Karl-Marx-Universität wanderten 17 Prozent

der Ärzte und 20 Prozent des Pflegepersonals ab. Für mich, so schreibt K.-F. Lindenau, „wäre es Fahnenflucht gewesen. Für mich galt unverändert der Eid des Hippokrates“.

Dann kam das, was die „neue politische Kultur“ des Landes prägte: die Vertreibung der DDR-Elite aus den Hohen Schulen. Man ging oder wurde gegangen. Einige Professoren begingen Selbstmord. Wie andere leitende Mitarbeiter der Universität hatte auch K.-F. Lindenau „plötzlich das Gefühl, mit einem Kainsmal herumzulaufen. Ich war staatlicher Leiter, Genosse, hatte Titel und Ämter, trug Orden und Ehrenzeichen, das genügte. Ich war plötzlich Parteibonze und Stasi-Spitzel.“ Es war die Zeit, in der jene eifrig die Stasi-Keule schwingen, die bis dahin in vorausweisendem

Gehorsam oder schweigender Loyalität die DDR mitgetragen hatten. Diese wiesen nun mit den Fingern auf die, die öffentlich zu diesem Staat gestanden hatten: „Aus weißen Mäuschen mit rosa Schleifchen entwickelten sich plötzlich pfeifende Ratten.“

Im Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 1. Juli 1993 wurden in Sachsen 2022 (60 Prozent) Hochschullehrer entlassen. „Es wurde nicht Platz benötigt für neues Denken, sondern für altes Personal aus dem Westen, das sich schon lange in der Warteschleife befand.“ Am 30. Mai 1992 wird K.-F. Lindenau im 51. Lebensjahr nach mehr ab 25-jähriger Tätigkeit als Arzt arbeitslos. Wenige Tage zuvor, am 19. Mai, hatte Eugen Münch, Vorstandsvorsitzender

der Rhön-Klinikum AG in der LVZ auf die Frage, warum die neue Herzklinte in Leipzig errichtet wird, geantwortet: „Schließlich hat die Vorläuferinstitution, die bisherige Herzklinte ja einen guten Namen ... Die Leipziger Herzchirurgie hat neben der Charité Berlin die führende Rolle gespielt.“ Doch K.-F. Lindenau, dem dieses Ansehen zu verdanken war, wurde von der sächsischen Landesregierung, vertreten durch Minister Meyer, wegen seiner Haltung zur DDR vor die Tür gesetzt.

Vieles, sehr vieles wäre noch über das Buch zu schreiben, doch man sollte es selbst lesen. Es ist ein den Leser aufwühlendes Buch, weil es aus der Sicht eines Arztes Auskünfte über ein untergegangenes Land gibt, das auf dem Wege zu einer Alternative zum Kapitalismus war. Was dann kam, war die Rache des scheinbar bereits überwundenen Gestrigen. „Moskau hatte seinen Satelliten frei gegeben, und als dieser die Umlaufbahn verließ, verglühte er.“

Fachkollegen im Westen, die um die Qualifikation von K.-F. Lindenau wussten, nahmen ihn sofort auf, und so ist er heute Arzt im Rhön-Klinikum Bad Neustadt. In Kürze wird er sich aus Altersgründen als Arzt von seinen Patienten verabschieden.

• KURT SCHNEIDER

Karl-Friedrich Lindenau: *Ungebührliche Betrachtungen eines Mediziners. Eine Rückblende.* Verlag am park, im Vertrieb der Eulenspiegel Verlagsgruppe. Berlin 2005. 267 Seiten, 14,90 Euro

Wer dahinter kommen möchte, wieso gerade in Leipzig die Wiege der deutschen Frauenbewegung stand, tut gut, sein Augenmerk auch auf die Rolle von Frauen dieser Stadt schon im 18. Jahrhundert zu werfen. Das selbstbewusste Auftreten beispielsweise der hochbegabten Bürgermeistertochter Mariane von Ziegler, geb. Romanus, im Kreis um Gottsched dürfte nicht ohne Einfluss auf die Anerkennung von Frauen durch fortschrittliche Männer dieser Zeit geblieben sein und auch nachgeborene Geschlechtsgenossinnen zu frauenemanzipatorischen Bestrebungen ermutigt haben.

Zu diesem Schluss jedenfalls kann gelangen, wer Christine Wolters Buch „Mariane oder die Unsterblichkeit“ liest. Es verbindet Spuren aus dem Leben der in sehr jungen Jahren zweimal Verwitweten und im fortgeschrittenen Alter Professoren-gattin in dritter Ehe recht vernünftig mit ganz gegenwärtigen Erlebnissen. Einen leicht fassbaren Überblick über das Leben Marianes bietet die

## Die gekrönte Mariane

Autorin, die in Leipzigs historischen Bibliotheken wühlte, allerdings nicht.

Die „Poetin und Gelehrte“, die einen Salon führte und auch Texte für 9 Bachsche Kantaten schrieb, machte sich mit ihrer Gedichtsammlung „Versuche in ungebundener Lesart“ (1728) und den „Moralischen und vermischten Sendschreiben“ (1731) in ausschließlich Männer dominierten literarischen Kreisen einen Namen.

Sie war einziges weibliches Mitglied der Deutschen Gesellschaft, in der Gottsched das Sagen hatte, und wurde auf dessen Fürsprache mit dem aus der Vergangenheit überlieferten „Kaiserlichen Lorbeer“ durch die Universität Wittenberg gekrönt. Ihre Leipziger „Brüder in Apollo“ ehrten sie aus diesem Anlass mit einem Widmungsbuch. Doch solche Anerkennung rief Personen auf den Plan, die eine gemeine Schmähschrift gegen die Zieglerin in Umlauf brachten. Nie wieder wurde

eine Poetin von der sächsischen Universität „gekrönt“. Damit das weibliche Geschlecht gar Zugang zum Universitätsstudium erhielt, waren lange hartnäckige Kämpfe von Frauen um ihre Rechte erforderlich, die auch immer manch fortschrittlicher Mann unterstützte, andere aber auf ihre Art diffamierten, wie der Leipziger Professor Paul Möbius mit seiner These vom „physiologischen Schwachsinn des Weibes“, die noch heute an Universitäten verbreitet werden soll.

Bis jetzt erinnert im öffentlichen Gesicht Leipzigs so gar nichts an die verdienstvolle Tochter dieser Stadt. Wie zu hören war, soll sich das bald ändern – am Romanushaus, Stätte ihrer Kindheit und Jugend, soll eine Gedenktafel angebracht werden.

• JOHANNA LUDWIG

Christine Wolter: *Mariane oder die Unsterblichkeit.* Faber & Faber, Leipzig 2004,

## Herzlichen Glückwunsch, Buchkinder!

LN. Die Jury des ANTIQUARIA-Preises der Stadt Ludwigsburg und Buchkultur e. V. – Verein der Freunde antiquarischer Bücher – vergibt in diesem Jahr eine besondere Würdigung an den Freundeskreis Buchkinder e. V. Leipzig. Die Geschichte der Leipziger Buchkinder begann 2001 im Wohnzimmer von Ralph-Uwe Lange. Sieben Kinder hatten sich eingefunden, um Bücher zu gestalten. Die Mädel und Jungen schreiben ihre Geschichten nicht nur auf, sondern diskutieren, illustrieren, setzen und drucken und binden die Bücher selbst. Inzwischen werden über hundert Kinder von MitarbeiterInnen des Vereins betreut, dabei sind über 60 Buchtitel in überraschender Ideen- und Ausdrucksvielfalt entstanden. Das Projekt wird von der ANTIQUARIA-Jury als nach-

ahmenswertes Beispiel für andere Städte empfohlen, damit bundesweit ein Netzwerk der Freundeskreise Buchkinder entstehen kann.

Der ANTIQUARIA-Preis 2006 geht an den Berliner Antiquar und Sammler Jürgen Holstein für seine Publikation „Blickfang. Bucheinbände und Schutzumschläge Berliner Verlage 1919-1933“. Die Preise werden am 26. Januar in der Musikhalle Ludwigsburg verliehen.

Der 1995 erstmals und seitdem jährlich vergebene renommierte ANTIQUARIA-Preis ging seitdem bereits dreimal nach Leipzig: 1995 an Prof. Albert Kapr für seine Formengeschichte der Fraktur; 1997 an Eckehart Schumacher-Gebler für seine Werkstätten und Museen für Druckkunst und 2000 an Faber & Faber für die Reihe „Die Graphischen Bücher“.

## KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

### Eva Lips

Als die Völkerkundlerin Eva Lips, geboren am 6. Februar 1909 in Berlin als Tochter des Leipziger Buchhändlers Ernst Wiegandt, im Jahre 1948 gemeinsam mit ihrem Mann, Prof. Dr. Julius Lips, an die Leipziger Universität kam, lagen hinter beiden 15 Jahre des Exils in den USA, die ausgefüllt waren mit umfangreichen Exkursionen zu den Ojibwa- und Naskapiindianern Nordamerikas, mit Forschungen zu wirtschaftsethnologischen und ethnobotanischen Fragen sowie ausgedehnten Vortragsreisen. Eva Lips' 1956 erschienenes Buch „Die Reiseroute der Ojibwa-Indianer“ gilt als grundlegendes Werk, weil es die gemeinsam mit ihrem Mann entwickelte Theorie über ein mögliches Entwicklungsstadium zwischen den Naturvölkern, den Sammlern und Jägern, sowie den Ackerbauern, die sogenannte Erntewirtschaft, begründet.

Nach ihrer Promotion an der Leipziger Universität 1951 wird sie in der Nachfolge von Julius Lips (vom 31. Oktober 1949 bis zu seinem Tode am 21. Januar 1950 auch Rektor der Universität) Fachrichtungsleiterin für das Studium der Völkerkunde, und nach ihrer Habilitation im Jahre 1954 wird sie zur ordentlichen Professorin für Ethnologie und vergleichende Rechtssoziologie und zur Direktorin des gleichnamigen, nach Julius Lips benannten Instituts ernannt. Sie war damit der erste weibliche Lehrstuhlinhaber an der Universität. Im Jahre 1959 führen sie Forschungsreisen zu den nordamerikanischen Indianern mit dem Ziel, deren Kulturwandel zu studieren. Ab 1958 ist Eva Lips Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR und des PEN-Clubs, und 1987 wird sie Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde der BRD. 1966 wurde Eva Lips emeritiert. Von 1953 bis 1957 war sie Stadtverordnete in Leipzig.

Einem breiten Leserkreis ist Eva Lips bekannt geworden mit ihrem „Indianerbuch“ (1955) sowie weiteren populärwissenschaftlichen, teils speziell an die Jugendlichen adressierten Büchern, so „Weisheit zwischen Eis und Urwald“ (1959), „Nicht nur in der Prärie“ (1974) und „Sie heißen alle Indianer“ (1975).

Eva Lips hat stets ein wissenschaftlich fundiertes, auf eigenen Beobachtungen beruhendes und damit glaubwürdiges Bild über das Leben der Indianer Nordamerikas vermittelt und zugleich ihre Ablehnung gegenüber verlogenen und romantisierenden Darstellungen kundgetan, was ihr beispielsweise Karl-May-Enthusiasten bis zuletzt übel genommen haben.

Am 31. Januar 1996 wurde am Institut für Ethnologie der Universität Leipzig ein Eva-Lips-Archiv eröffnet.

• G. L.

Vor 60 Jahren wurde die Leipziger Universität neu eröffnet

## Schwieriger antifaschistisch-demokratischer Neubeginn

Vor 60 Jahren, am 5. Februar 1946, wurde unter dem Rektorat von Prof. Dr. Hans-Georg Gadamer mit einem Festakt in der Filmbühne „Capitol“ die Leipziger Universität neu eröffnet.

Die Lage an der Universität war äußerst schwierig. Der faschistische Ungeist war noch spürbar. Der Neuaufbau des geistigen Lebens von Grund auf war, wie Fritz Selbmann (KPD) am 29. Juni 1945 in Leipzig betonte, „die Voraussetzung der deutschen Renaissance“. Hinzu kam, dass die Gebäude der Universität größtenteils in Schutt und Asche lagen. Über 70 Prozent der Bibliotheksbestände waren vernichtet. Der akademische Lehrkörper war drastisch reduziert. An Lehrkonzepten, die den neuen Anforderungen entsprachen, mangelte es.

Die Kernfrage war, welche Rolle und Aufgaben kamen der Universität im antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau, der eine tiefgreifende revolutionäre Umwälzung der gesamten Gesellschaft war, zu? Welche universitären Veränderungen waren damit unerlässlich? Oberbürgermeister Dr. Erich Zeigner – er hatte selbst die Leipziger Universität besucht und auch an ihr promoviert – führte dazu aus: „Wohl haben einzelne Professoren und hier und da auch ganze



Prof. Solutuchin, Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD, spricht zur Neueröffnung der Leipziger Universität am 5. Februar 1946 im „Capitol“

Fakultäten teils zögernd, teils unter vollem Einsatz von Beruf und Leben Widerstand geleistet. Aber die deutschen Universitäten als Ganzes betrachtet, tragen leider vor der Geschichte doch Mitschuld an alledem, was sich auch in den letzten 12 Jahren zugetragen hat. Der Lehrkörper wird antifaschistisch und demokratisch sein müssen, oder die Universität unterschreibt selbst ihr Urteil.“ Es ging somit nicht lediglich um eine Wiederöffnung, sondern nach der 12jährigen mörderi-

schon faschistischen Diktatur und des von ihr in ganzer Totalität geführten Weltkrieges um eine grundlegende Erneuerung der Universität, um eine Neueröffnung im wahrsten Sinne des Wortes.

Der an den obersten Chef der SMAD, Marschall Shukow, gerichtete Antrag, die Universität möge am 31. Oktober 1945 den Lehrbetrieb aufnehmen, war abgelehnt worden. Die SMAD, die die Richtlinien zur Überprüfung des Lehrkörpers an den Hohen Schulen verschärft hatte,

Am 30. Januar 1951 gab Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Volkskammer der DDR eine Regierungserklärung mit dem Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates ab. Die Volkskammer unterstützte die Regierungsvorschläge und wandte sich mit einem Appell an den Bundestag, einen solchen Rat einzuberufen, um eine Verständigung über alle zur Sicherung des Friedens und zur Wiedervereinigung Deutschlands notwendigen Schritte herbeizuführen. Die Volkskammer schlug vor, Vertreter beider Regierungen zu benennen, um bald Verhandlungen beginnen zu können. Weiterhin schlug sie vor, schon vor der Wiedervereinigung über Stärke, Bewaffnung und Charakter der Polizeikräfte in beiden deutschen Staaten zu verhandeln. Von dieser Volkskammertagung erging der Appell „Deutsche an einen Tisch!“ an die Bevölkerung ganz Deutschlands, diese Verständigungsangebote zu unterstützen – ein Appell, der über Jahre hinweg lebendig und aktuell blieb. Der im Wesentlichen von westlicher Seite initiierte Kalte Krieg hatte nach der Konstituierung der Bundesrepublik zur

## „Deutsche an einen Tisch!“

Volkskammerappell vor 55 Jahren

doppelten deutschen Staatsbildung geführt, eine von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen nicht gewollte Entwicklung. Noch war dieser Graben quer durch Deutschland ziemlich frisch. In dieser Situation hatte Ministerpräsident Otto Grotewohl am 30. November 1950 einen Brief an Bundeskanzler Konrad Adenauer gerichtet, in dem er die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorschlug. Ein solches Gremium sollte gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung und die Bildung einer souveränen, demokratischen provisorischen Regierung vorbereiten. Ferner sollte es entsprechende Vorschläge den Regierungen der vier Siegermächte zur Bestätigung unterbreiten. Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat sollte diese Regierungen bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland konsultieren. Der DDR-Regierungs-

chef schlug weiterhin eine eventuelle Befragung des deutschen Volkes über diese Vorschläge vor.

Der Bundestag ignorierte den Volkskammerappell und setzte sich damit über verbreitete Zustimmung auch westdeutscher Bürgerinnen und Bürger hinweg. Eine positive Reaktion auf diesen Appell hätte die Pläne zur Remilitarisierung und Wiederbewaffnung Westdeutschlands infrage gestellt. Am 15. Februar 1951 nahm Staatssekretär Hallstein, später Namensgeber einer ganzen Doktrin, Verhandlungen über eine europäische Armee im Rahmen der NATO mit bundesdeutscher Beteiligung auf und der Bundestag beschloss am gleichen Tag das Gesetz über den Bundesgrenzschutz als eine militärische Truppe mit einer Sollstärke von 10 000 Mann. Die überwiegende Mehrheit der Offiziere und Unterführer waren ehemalige Angehörige der faschistischen Wehrmacht und Polizei.

Eine günstige Gelegenheit, eine baldige deutsche Wiedervereinigung anzubahnen und damit auch den Kalten Krieg zu entschärfen, wurde durch Bundeskanzler und Bundestag vergeblich. • WINFRIED STEFFEN

beanstandete, dass die Universität, insbesondere Rektor Bernhard Schweitzer, NS-belastete Hochschullehrer im Amt belassen hatte. Im Ergebnis der Tätigkeit einer eingesetzten Kommission wurden im Oktober und November 1945 weitere 100 Lehrende entlassen. Zuvor waren beim Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen, zwischen dem 23. und 27. Juni 1945 bereits 18 Professoren und 14 weitere Wissenschaftler sowie anderes Universitätspersonal – insgesamt über 100 Personen – nach Weillburg an der Lahn zwangsumgesiedelt worden. Damit standen der Leipziger Universität kurz vor ihrer Neueröffnung nur noch 44 Professoren zur Verfügung. Neubefragungen antifaschistischer Lehrkräfte waren dringend erforderlich. Doch auch an die zu immatrikulierenden Studenten waren neue Anforderungen zu stellen. Im ersten Nachkriegssemester hatten sich in die Matrikeln 1162 Studenten eingeschrieben, darunter 767 erstmalig zugelassene.

Prof. Dr. Gadamer, der als vorheriger Dekan der Philosophischen Fakultät am 21. Januar 1946 das Amt des Rektors übernommen hatte, richtete in seiner Rede den Blick auf die „Arbeitsgemeinschaft in ihrem politischen Aufbruch“, in dem er „eine Freude und eine Verpflichtung“ für die Universität sah. Das Tor in eine neue Zeit, in der es viele Schwierigkeiten unterschiedlichster Art zu überwinden galt, war nun auch für die Universität weit geöffnet. Ein konfliktreicher Weg lag vor ihr.

• KURT SCHNEIDER

Erinnerung an

## Dietrich Bonhoeffer

Für Christen und Nichtchristen war Dietrich Bonhoeffer ein mutiger und engagierter Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus, ein kritischer Denker. Vor 100 Jahren, am 4. Februar 1906, wurde er in Breslau geboren. Er studiert Theologie in Tübingen und Berlin. Bis zu seinem Tod bewegte ihn die Frage nach dem Wesen und dem Auftrag der Kirche. „Kirche ist nur Kirche“, war seine Antwort, „wenn sie für andere da ist ... Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen, nicht herrschend, sondern helfend und dienend.“ 1934 mahnt er: „Die Kriegsfanfare kann schon morgen geblasen werden, worauf warten wir noch? Wollen wir selbst mitschuldig werden wie nie zuvor?“

Bonhoeffer, seit April 1935 an einem illegalen Predigerseminar tätig, trifft im September 1940 das Redeverbot des NS-Staates. Am 5. April 1943 wird er verhaftet, kommt ins Militärgefängnis Berlin-Tegel, dann ins KZ Buchenwald und schließlich in das Vernichtungslager Flossenbürg, wo er am 9. April 1945 ermordet wird. • H. G.



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Irgendwann vor ewigen Zeiten fand man in einer ägyptischen Pyramide die erste Spur zu einem Ball: „Richte das Schiffsstau, fahre über den misk't, schlage den Ball über die Wiese des Aspis“. Es war eine Art Segenswunsch, den man einem Toten mit ins Grab gegeben hatte. Das soll um 2500 v. d. Z. gewesen sein und ist demzufolge fast 5000 Jahre her. Seitdem wird über Bälle geredet, geschrieben, philosophiert, gesungen oder auch geklagt. Am euphorischsten – wie man weiß – über den, den man mit dem Fuß tritt und der demzufolge Fußball heißt und zuweilen Milliarden Gemüter bewegt. Wir haben hier an dieser Stelle eigentlich schon genug darüber geschrieben, dass demnächst hierzulande die Weltmeisterschaft in dieser Sportart stattfindet und jetzt schon deswegen ein zuweilen unbeschreibliches Gelärm verbreitet wird. Im Grunde sind inzwischen also genug Worte zu dem Thema verloren worden, aber es blieb mir keine Wahl – ich musste mich noch einmal damit befassen, denn nun hat der Verteidigungsminister des Weltmeisterschaftsveranstalterlandes, ein gewisser Franz Josef Jung (CDU), allen Ernstes mitteilen lassen, dass er demnächst einen Antrag an die NATO adressieren und darin – übrigens auch gleich im Namen des Innenministers – ersuchen wird, das Militärbündnis möge Awacs-Aufklärungsflugzeuge in Richtung Deutschland starten lassen, die die Weltmeisterschaft vor Angriffen „tief fliegender Flugobjekte“ schützen sollen. Die Begründung soll lauten: „Es geht darum, Sicherheitslücken zu schließen.“ Zu hören war auch, jemand habe daraufhin nachgefragt, welcher Art diese „Flugkörper“ denn nach Ansicht der

Minister sein könnten, worauf man ihm eine schnip-pisch rüde Antwort erteilte: „Das bleibt Ihrer Fantasie überlassen!“

Die Fantasie wurde denn auch sogleich bemüht. Das Ergebnis: Man sei als erstes zu dem Schluß gelangt, mit ein oder zwei Maschinen sei die Aufgabe nicht zu lösen, denn die Stadien liegen geographisch zu weit voneinander entfernt, als das selbst blitzschnelle Maschinen Deutschlands Luftraum vor solchen Attacken bewahren könnten. Und da schon Fantasie empfohlen wurde: Wer bitte, erwog eine Situation, in der außerirdische Flugkörper die Stadien angreifen? Und wäre es nicht – fragt Leipzigs Neue – höchste Zeit diese Gefahren-Variante ins Kalkül zu ziehen? Ja,

geschieht, wenn Panik ausbricht und die Zuschauer von den Rängen in den Innenraum flüchten wollen? Das könnte vielleicht noch eher geschehen, als dass ein unbekannter Flugkörper am Himmel auftaucht. Die Resonanz auf den „Warentest“ war schockierend und die Antworten einiger Stadionchefs eskalierten zu unbeschreiblichen Schimpfkanonaden. Sogar der Sportausschuss des Bundestages musste zusammen-gerufen werden, um die Lage zu beraten und in diesem Gremium gerieten sich dann die Parteien noch in die Haare. Der Vorsitzende, der Sozialdemokrat Peter Danckert rief den Mitgliedern zu: „Wenn es hier nicht gelingt, miteinander zu reden wie soll es dann draußen gelingen!“ Ich dachte bei mir: Vor allem, wie soll man

draußen dann auch noch Fußball spielen?

Und nun? Was tun? Leipzigs Neue meint, dass kein anderer Ausweg bleibt, als die Weltmeisterschaft über Nacht um vier Monate vorzuverlegen, also statt am 9. Juni bereits am 9. Februar das erste Spiel zu bestreiten. Dann nämlich würden alle Pläne der Betreiber irdischer und auch außerirdischer Flugkörper durcheinan-

dergeraten und wir könnten uns sicher wähen, weil sie obendrein irritiert würden, ob man die Olympischen Spiele oder die Fußball-WM angreifen soll. Vor allem aber hätten wir dann die Garantie, dass die Zeit möglichen weiteren Palavers über, für oder gegen die Fußball-WM minimiert wäre. In unserer aller Interesse. Man würde so gut wie übermorgen das erste Spiel anpfeifen – unvorstellbar! Alle müssten sich dem Spiel mit dem Ball widmen, Netzer käme endlich ins Bild und würde uns endlich erklären, wie man das Tor trifft, statt es zu verfehlen, Politiker hätten endlich zwischen allem Wahlstress eine Atempause – und überhaupt.

Allen, die da krakeelen, das ginge doch überhaupt nicht, würde ich antworten: „Dann haltet gefälligst die Klappe und wartet auf den ersten Pfiff. Und befasst Euch bis dahin mit Wichtigerem – den Folgen von Hartz IV zum Beispiel!“

## Sportkolumne

# Vorschlag zur Fußball-WM

müssen wir fragen, denn immerhin gehört das Leipziger Stadion zu den Austragungsorten, in denen um die Weltmeisterschaft gespielt wird.

Diese Frage drängte sich uns erst recht auf, seitdem sich die Stiftung Warentest daran machte den Faktor „Überlebenschance der Zuschauer im Fall einer Panik“ zu untersuchen und – wie inzwischen alle wissen – zu schockierenden Resultaten gelangte. Allerdings: Noch bedrohter als die Leipziger sind die Berliner, für die der Olympiastadion-Reportergraben zum Massengrab werden könnte. Auch die Tatsache, dass der schon 1936 erfunden worden war – für die ersten Fernsehkameras der olympischen Geschichte und das Personal der Leni-Riefenstahl-Filmcrew – und sich durch die Jahrzehnte dadurch empfahl, das er das Publikum vor den andernorts am Spielfeldrand lagernden Fotografen bewahrte. Nun hat nach siebzig Jahren jemand endlich die Frage aufgeworfen, was

## Sportpublikationen

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland wirft ihre Schatten voraus. Unsere Frauen sind schon Weltmeister. Im Buch „Elf Freundinnen“ kommen einge vom erfolgreichsten ostdeutschen Verein, dem 1. FFC Turbine Potsdam zu Wort. Gegründet im März 1971 in der DDR, gehören die Fußballerinnen heute zur gesamtdeutschen Spitze. Die Autoren schildern in vielen Episoden die Entwicklung vom belächelten und vom Männerfußball ignorierten Freizeitverein zum Profiligisten. Man kann das Buch über diese Frauen aber auch als die Memoiren des ehemaligen Lok Leipzig-Spielers Bernd Schröder verstehen, der von Anbeginn an der Entwicklung des Frauenfußballs in Potsdam entscheidenden Anteil hatte.

Empfehlenswert ebenfalls eine Laudatio zu einem 75. Geburtstag – im Februar dieses Jahres. Der langjährige Direktor der Friedens-

fahrt, Klaus Huhn, lädt mit der CD „Glückwunsch, Genosse Schur!“ zu einem 75-minütigen Streifzug durch das sportliche und politische Leben des übrigens treuen LN-Abonnenten Gustav-Adolf Schur ein.

Viel Spaß beim Lesen und Zuhören.

• RALF FIEBELKORN

Birgit und Heiko Klasen: *Elf Freundinnen. Die Turbinen aus Potsdam. Verlag Das Neue Berlin 2005. 176 S., 16,90 Euro.*  
Klaus Huhn: *Glückwunsch, Genosse Schur! SPOTLESS-VERLAG Berlin 2005. CD 4,00 Euro.*



## „Die WM-Stadien sind sicher“

**Als in den USA die Stromversorgung zusammenbrach, tönnten Verantwortliche: In Deutschland ist das nicht möglich. Die Technik ist auf alle Störfälle vorbereitet. Als in Moskau eine Schwimmhalle einstürzte, war für die Verantwortlichen hierzulande klar: In Deutschland ist das nicht möglich.**

**Aus dem Prüfbericht der STIFTUNG WARENTEST, vom 10. Januar 2006 „Sicherheit in WM-Stadien“ Zentralstadion Leipzig**

### Staudruck

- Hohes Staudruck-Risiko, da keine Rettungstore von den unteren Rängen zum Spielfeld
- Hohes Verletzungsrisiko bei Übersteigen der unteren Rangabgrenzung, da anschließende Fallhöhe von 3,4 m
- Schmalere unterer Rundlauf (kaum staudruckentlastende Funktion)
- Hohes Staudruckpotential durch hohe Rangkapazität (5200 Personen)

### Strömungsstau & Orientierung

- Strömungstaurisiko durch wenige, lange Niedergangstrep-pen im Fanrang im Verhältnis

### zur Zuschauerkapazität

- Problematische Fluchtweg-führung von den Logen und Businessbereich über Treppenhäuser in Tunneldurchfahrt
- Fehlende zweite Fluchtmöglichkeit von der Logentribüne (Fluchtwegführung nur über den Innenbereich)
- Schwer erkennbare, da zu hoch platzierte Rettungsweg-Zeichen bei Tunneldurchfahrt
- **Stolpersicherheit**
- Stolpergefahr an beiden Ausgängen aus dem Business-Bereich durch unerwartete Einzelstufe
- Stolpergefahr durch teilweise zu geringe Stufentiefe von 25cm im Oberrang
- Zu knapp bemessene Brüstungshöhe von 90cm von unteren Rangabgrenzungen
- Hängebleiberisiko bei Befestigungspfeilern für Abtrennkordeln

**Und als nun die Stiftung Warentest ihren Prüfbericht über Untersuchungen in deutschen WM-Stadien vorlegte, waren sich von Beckenbauer bis zu den Politikern alle einig: Unseriöse Panikmache. Der Bericht muss zurückgenommen werden. Er schadet dem Image ...**

### bei den Business-Tribünen

#### Brandschutz

- Vermeidbare Brandlasten (keine Abschottung von Kabelführungen im Garagen und Businessbereich)
- Eingeschränkte Entrauchung im Business-Bereich über sich automatisch öffnende Türen
- Handfeuermelder nur in Gebäudebereichen, nicht im Verteilergang der Ränge
- Eingeschränkte Verfügbarkeit von Löschmitteln auf Logenebene durch zu kurze Reichweite des Schlauchs des Wandhydranten
- Teils lange Angriffswege für die Feuerwehr über Wall und Brücke zum Stadion
- Keine durchgängige Feuerwehrrumfahrung des Stadions
- Verrauchungsgefahr durch einseitig offene Garage unter der Tribüne

Als ich für meine Dissertation recherchierte, besuchte ich Ende der 60er Jahre einige-male Anton Ackermann in seiner Berliner Wohnung am Trep-tower Park. Er war damals schon Invalidenrentner und aus dem öffentlichen Leben verschwunden.

Ich habe Ackermann als sehr sympathischen, ausgeglichenen, aber auch zurückhaltenden Menschen in Erinnerung. Seine Aussagen zu meinem Forschungsthema aber waren fundiert und

## Begegnungen mit Ackermann

präzise. Sein umfassendes theoretisches Wissen und seine große politische Erfahrung überzeugten mich ebenso wie seine realitätsnahe, differenzierte Darlegung der Fakten und Probleme.

Ein besonders herzliches Verhältnis verband ihn mit Wilhelm Pieck. Zu damals aktuellen politischen Problemen der DDR und zu anderen Personen der damaligen Partei- und Staatsführung aber traf er fast keine Aussagen.

Hinsichtlich seines Artikels über den besonderen Weg zum deutschen Sozialismus äußerte er auf meine Fragen, dass er ihn in voller Übereinstimmung mit der Führung der SED geschrieben habe, es dann aber zu „Missverständnissen“ gekommen sei, die zur Verurteilung dieser Position führten. Die Gespräche mit Anton Ackermann waren für mich ein tiefes Erlebnis und eine Erfahrung, an die ich mich auch nach Jahrzehnten noch sehr lebhaft erinnere.

GÜNTER HARTMANN  
NEUBRANDENBURG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

# Die andere deutsche Armee

Nach den Lobpreisungen der Bundeswehr anlässlich ihres 50jährigen Jubiläums als größte deutsche Friedensbewegung, (Struck) war es nur eine Frage der Zeit, wann man den Zweiteiler von Michael Erler „Dienen in der NVA“ zum wiederholten Male ausstrahlt. Dies, um so richtig den Unterschied zwischen einer Armee in einer Demokratie und in einer Diktatur zu verdeutlichen, wie es einer der Zeitzeugen sinngemäß formulierte. Wer es sich antat, den Fernseher angesichts der ironisch-gehässigen Kommentare nach 10 Minuten nicht um- oder abzuschalten, wurde dafür „belohnt“. Er sah einen von Widersprüchen lebenden Film, aus dem noch immer das alt-bundesdeutsche Feindbild hervorschaut. So ist es das Geheimnis des Autors, wie ein völlig demotivierter und illusionsloser, seinem Staat abgeneigt bis feindlich gegenüber stehender Personalbestand „zu einer hochmobilen, gut ausgebildeten Armee, zu einer der schlagkräftigsten Armeen im Warschauer Vertrag“

(0-Ton) mutieren konnte. Der von ihm mehrfach bemühte preußische Drill vermag das wohl allein nicht.

Der Film trägt den Untertitel „Zur Geschichte einer deutschen Armee“. Habe ich als Offizier der NVA in einer deutschen Armee gedient oder in fremden Streitkräften? Darf ich offiziell meinen Dienstgrad mit dem Zusatz a. D. tragen oder nicht? Fragen, die sich ein Ritterkreuzträger oder der Leiter eines Erschießungskommandos der faschistischen Wehrmacht nicht zu stellen braucht.

Unsachlich solche Aussagen, dass sich die NVA – obwohl keine Kernwaffen besitzend – intensiv auf einen Kernwaffenkrieg vorbereitet hat. Von einem Autor, der sich eines solchen Themas annimmt, müsste man erwarten, dass er eine gewisse Vorstellung von der Art und Weise der militärischen Auseinandersetzung zwischen den damaligen beiden Weltsystemen hat. Ansonsten soll er es sich verkneifen und nicht noch mit seinen Bemerkungen zum Ho-

neckerschen Führungsbunker auf die Spitze treiben. Auch Kohl hätte in einem zum Glück nicht stattgefundenen militärischen Konflikt kaum ruhig mit Wörner in einem Bonner Nobelrestaurant bei Pfälzer Wein und Saumagen diniert.

Man kann zur NVA stehen wie man will und mancher hat auch negative Erfahrungen in ihr gesammelt. Sie verdient jedoch mehr Sachlichkeit als ihr dieser Film und die offizielle Meinung dieser Republik zugestehen. Sie kann mit Fug und Recht – ebenso wie die Bundeswehr – für sich in Anspruch nehmen, einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet zu haben. Dafür haben zigtausende junge DDR-Bürger Anstrengungen und Entbehrungen auf sich genommen. Das dürfte angesichts der von den anderen deutschen Armeen, – inzwischen einschließlich der Bundeswehr – geführten Aggressionskriege eine Anerkennung wert sein und kein Anlass zur Diffamierung.

H. PURSCHE  
LEIPZIG

## Belastungszeuge Ex-OBM Berghofer

Gerade weil auch 2006 der deutsche radikalkapitalistische Globalisierungsmotor heftig stottern und viele Unternehmen in die Pleite reißen wird, sucht und findet man Gelegenheit, die „marode am Rande des Zusammenbruchs stehende DDR-Wirtschaft“ in die Mangel zu nehmen. Zum wiederholten Male führte eine Reportage des MDR-Fernsehens das real hochgradig umweltschädliche Werk Espenhain und die betroffenen Menschen in Mölbis vor. Das heißt, es führte der ehemalige Ex-OBM Dresdens, Berghofer, die Zuschauer in eine technisch veraltete Weberei in Ostsachsen, in der sich die Arbeiterinnen täglich quälten und mit unzumutbaren sanitären Bedingun-

gen vorliebnehmen mussten.

Es geht nicht darum, diese Dinge zu leugnen, sondern zu widersprechen, weil sie verallgemeinert zur Herabsetzung der gesamten Wirtschaft der DDR missbraucht werden. Die ehemaligen Chefs moderner, leistungsfähiger und trotzdem liquidierten Firmen, beispielsweise aus dem Maschinenbau, werden von den Medien bewusst ausgegrenzt. Soll heißen: Es gab sie nicht. Auch die Produktion der ostdeutschen Landwirtschaft wurde nicht deshalb um die Hälfte reduziert und dreiviertel der Beschäftigten auf die Straße gesetzt, weil sie marode war, sondern weil sie der westdeutschen Überproduktion und der Brüsseler Quotendiktatur im

Wege stand. Sie wurde das Opfer der von Kohl und de Maiziere gesetzten neuen Rahmenbedingungen.

Diese Sendung, weniger auf sachliche Information, als auf Propaganda getrimmt, sollte wohl auch den derzeit Beschäftigten im Dumpinglohnbereich und den Arbeitslosen unter dem Hartz IV-Diktat unerschwinglich bedeuten, dass es sogar ihnen besser geht als denen früher. Ein gutes Schreckgespenst für die Ahnungslosen ist so etwas allemal. Interessant, wer wider besseres Wissen mitmischte. Und Berghofer tat das freiwillig.

HANS-JÜRGEN SPITZNER,  
LEIPZIG

Den Kampf gegen den Krebs musste er schließlich aufgeben. Hans-Jochen Vogel, der engagierte evangelische Christ und begeisterte Vertreter der Befreiungstheologie, der aller Ungerechtigkeit Widerstand leistete, war am Ende machtlos gegen die furchtbare Krankheit. Der 1943 geborene Träger des Chemnitzer Friedenspreises starb am 27. Dezember 2005.

Zu seinem vom christlichen Glauben geprägten Lebensweg, zu seinem Wesen und Charakter gehörte es, gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch zu bedenken, zweifellos hoffnungsvoll im Blick auf einen erneuerten antifaschistischen deutschen Staat. So begann er, die DDR-Staatspolitik kritisch zu hinterfragen und eigenständiges Denken und Handeln von

basisdemokratischen Überzeugungen und Überlegungen her zu fordern. Er verstand sich als überzeugter Christ und demokratischer Sozialist.

Als „roter Pastor“ von manchen

einer lebensnahen und praxisorientierten Verkündigung sowohl Christinnen und Christen unterschiedlicher konfessioneller und theologischer Prägung als auch Sozialistinnen und Sozialisten

auch Vogels Verdienst, dass sich dialogbereite Menschen aus verschiedenen Städten und Bundesländern zu diesen ermutigenden Tagungen und Begegnungen zusammenfanden.

## Zum Tode des Chemnitzer Pfarrers Hans-Jochen Vogel

abgelehnt und verschrien, wirkte er dialogbereit in der evangelischen Studentengemeinde im Karl-Marx-Stadt der 1980er Jahre.

In Hans-Jochen Vogels alt- und neutestamentlichen Betrachtungen biblischer Texte spielten sozialethische Impulse eine prägende Rolle. Dem Friedensengagierten war es gegeben, mit

anzusprechen, unter ihnen nicht wenige Mitglieder der Linkspartei.PDS

Seine linke Überzeugung prägte auch die biblischen Reflexionen bei den öffentlichen Frühjahrs- und Herbsttagungen der Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen (AGOK), die in den Räumen Chemnitzer Kirchengemeinden stattfanden. So ist es

In den Jahren der Konfrontation, der militärischen Nachrüstung in Ost und West bildete sich auch in Karl-Marx-Stadt ein Netzwerk von Oppositionsgruppen.

Vogels Verdienst war es dabei, das Aufbegehren von Punks und verhalten vorgetragene Vorschläge kritischer SED-Genossen zur Kenntnis zu nehmen. Von leichten und schnellen Antworten auf schwierige Sachverhalte und Fragen hielt er nichts.

HERMANN GERATHEWOHL,  
LEIPZIG

## Sprüche

Der „Wanderer“ Klaus Huhn vermerkt in seiner Kolumne vom 23. Dezember 2005 (LN 25/26) sarkastisch, dass hierzulande jeden Tag „neue Sprüche über die ‚Diktatur DDR‘ gekloppt“ werden. Er brachte seine Überlegung aus gegebenem Anlass in den Zusammenhang mit der Fürsorge für Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik.

Und so unrecht hat er wohl nicht. Wie es der Zufall will: Am gleichen Tag zitiert Hans Dieter Schütt in seiner oft manieriert anmutenden Schreibweise – man merkt nicht so recht, ist er dafür, ist er dawider – den Publizisten Reiner Kunze mit einem seiner Urteile zur DDR. „In den vielbeschworbenen Kindergärten wurde zur Diktatur erzogen“.

Gekloppt wie zitiert – Sprüche sind es allemal.

UWE BOLDT, LEIPZIG

## Danke für Kalender

Wenn heute auch in jeder Zeitung ein Kalender beigelegt ist, so habe ich mich über den in unserer LN besonders gefreut, wegen der Spalte mit den linken Ansprechpartnern. Er genügt mir auch zum Eintragen meiner Daten, so dass ich 2006 einen „Weitblick“ habe.

LORE WELZ, LEIPZIG

## Atompolitik gegenüber Iran und der KVDR

Der aktuelle Streit um die Atompolitik des Iran und der KVDR hinterlässt bei mir einen faden Beigeschmack. Meines Erachtens ist der Ansatzpunkt für die Vorwürfe gegen beide Länder völlig falsch. Die Weltbevölkerung (nicht deren Regierungen!) ist sich seit langem darüber einig, dass es gilt, solches Teufelszeug wie Atomwaffen, generell abzuschaffen. Das heißt, künftige Beschlüsse der UNO bzw. der EU müssten das Verbot der Produktion und der Lagerung von Massenvernichtungswaffen für alle Staaten verbindlich festlegen. Die jetzt noch als Atommächte agierenden Länder hätten bis zu einem festzulegenden Zeitpunkt die Produktion von Atomwaffen einzustellen und die bereits eingelagerten Bestände kontrolliert zu vernichten. Damit wäre die atomare Bedrohung weltweit beseitigt und andere Staaten hätten keinen Grund der bisherigen Bedrohung mit der Produktion eigener Atomwaffen zu begegnen. Während es bei den Großmächten als selbstverständlich hingenommen wird, dass sie über das Monopol an Atomwaffen verfügen, sind es die gleichen die am lautesten nach Sanktionen schreien, wenn ein anderer Staat nur im Verdacht steht Atomwaffen zu produzieren. Woraus leiten die Großmächte eigentlich das Vorrrecht dazu ab?

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER,  
LEIPZIG

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.**



☎: 0341-9608531  
 Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**

**Mittwoch, 1. Februar, 18 Uhr, Chemnitz**  
*Reise in ein besetztes Land.* Dokumentarfilm (92 min) mit der Regisseurin Babette Herchenröder, anschließend Diskussion. Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

**Mittwoch, 1. Februar, 18 Uhr, Leipzig**  
 Buchvorstellung und Diskussion *Wolfgang Tiefensee. Eine Biografie.* Mit dem Autor Dr. Helge-Heinz Heinker, Leipzig Harkortstr. 10

**Mittwoch, 1. Februar, 19 Uhr, Dresden**  
 Vortrag und Diskussion *Alte Werte - neue Scheiterhaufen? Die Legende von der „christlichen Wertegemeinschaft“.* Mit Dr. Michael Schmidt-Salomon, Philosoph und Religionskritiker. \*\*\* „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Dienstag, 7. Februar, 18 Uhr, Leipzig**  
 Vortrag und Diskussion *Die PDS im Westen 1990 bis 2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke* Mit Meinhard Meuche-Mäker, Hamburg \*\*\* Harkortstr. 10

**Mittwoch, 8. Februar, 19 Uhr, Dresden**  
*Die USA unter Bush und die amerikanische Linke.* Mit Dr. Conrad Schuhler, freier Journalist und Autor, Mitherausgeber der isw-Hefte, München \*\*\* „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 9. Februar, 18 Uhr, Leipzig**  
 Buchvorstellung, Lesung und Gespräch *Armenische Erzählungen „Sehnsucht ohne Ende“.* Mit der Herausgeberin Dr. Adelheid Latchinian, Leipzig. Es liest Sewan Latchinian, Intendant der Neuen Bühne Senftenberg. Moderation: Prof. Dr. Willi Beitz Harkortstr. 10

**Sonnabend, 11. Februar, 10-18 Uhr, Dresden**  
**14. Dresdner Friedenssymposium: Für eine Welt ohne Krieg! Gibt es Wege zu einem sicheren Frieden?** Mit Dr. Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel, und MEP Tobias Pflüger, Informationsstelle Militarisation, Tübingen. In Zusammenarbeit mit Sächsische Friedensinitiative Dresden e. V., Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen, Dresdner Friedensaktion, Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e. V., DGB Regionalverband Dresden - Oberes Elbtal Volkshaus am Schützenplatz

**Sonnabend, 11. Februar, 10 Uhr, Leipzig**  
 Podiumsdiskussion *Die Linkspartei im Bundestag.* Mit Dr. Barbara Höll, MdB (Linkspartei.PDS) und Dr. Axel Troost, MdB (WASG). Harkortstr. 10

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.  
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:  
 FSD PhR Friedrich Roßner  
 Fachapotheker für  
 Allgemeinpharmazie  
 Karlsruher Straße 54  
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
 Arzneimittel-Information  
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
 Büro / Apothekenleiter

**Theatrium**

Leipzig, Militzter Allee 52

**4. 2., 20 Uhr: Kopf oder Zahl.** Jugendtheaterperformance – ab 13 Jahre

**9. 2., 10 und 18 Uhr, 10. 2., 20 Uhr: So oder anders.** Shakespeare-Variationen. Jugendtheaterprojekt - ab 13 Jahre

**SZM**

Stadtteilzentrum Messesmagistrale  
 Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

**9. 2., 14 Uhr,** Offenes Café zum Thema *Von Cairns bis Melbourne - 12000 km mit Bus und Zelt durch Australien.* Dia-Vortrag mit Herrn Rodewald. Eintritt: 1,50 Euro

**Sonderausstellung im Naturkundemuseum**

**Fossilien der Erdgeschichte**

Das Naturkundemuseum zeigt in seinem Jubiläumsjahr – es wurde 1906 gegründet – in einer ersten, vorige Woche eröffneten Sonderausstellung eine Auswahl von rund 400 Fossilien aus seinen reichhaltigen Beständen. Mit ihrem Titel „Siegelbaum, Krebs und Schnabelfisch“ sind zugleich die Hauptperioden der Erdgeschichte – Erdaltertum, Erdmittelalter und Erdneuzeit – umrissen. Die Relikte vergangenen Lebens geben Einblicke in die Anatomie der Pflanzen und Tiere und den Wandel der Orga-



nismenwelt in den vergangenen 3 Milliarden Jahren. Die acht Ausstellungskomplexe sind nach Organismenarten, wie Korallen, Kopffüßer und Trilobiten, oder nach Fundstätten gegliedert. Gezeigt werden Fundstücke aus den verschiedensten

*Unsere Genossin*  
**Gertraude Lehmann**  
*wird am 1. Februar*  
**80 Jahre alt.**  
*Dazu gibt es Blumen und ein großes Dankeschön für viele Jahrzehnte aktiver gesellschaftlicher Arbeit.*  
*Alles Gute wünschen die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 114/1 der Linkspartei.PDS*

**Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Leipzig**  
 laden zum Forum **Entwicklung und Chancen der Klassenwidersprüche heute** mit Dr. Manfred Sohn am **7. 2., 18 Uhr,** im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

Gebieten Europas – von Schweden bis Griechenland und von Frankreich bis Russland – sowie aus ganz Deutschland. Der Steinkohlenwald des Ruhrgebietes mit Baumfarnen, Schachtelhalm- und Bärlappgewächsen und die Solnhofer Schieferlagerstätten, Fundort des Archäopterix, werden anhand ihrer Funden vorgestellt. Ein weiterer Komplex ist den Fossilfunden aus dem Leipziger Raum gewidmet, bis zu dem vor etwa 33 Millionen Jahren die Nordsee vorgedrungen war. In den abgelagerten Meeresanden fanden sich Muscheln, Schnecken, Haifischnäbige und die Überreste manch anderer exotischer Lebewesen. Die Ausstellung ist bis zum 19. März geöffnet. • G. L.



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860  
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname .....  
 Straße, Hausnummer .....  
 PLZ, Ort .....  
 evtl. Telefon .....

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname .....  
 Straße, Hausnummer .....  
 PLZ, Ort .....

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut .....  
 BLZ .....  
 Kontonummer .....  
 Kontoinhaber .....  
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers .....  
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
 2. Unterschrift des Auftraggebers .....

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises  
 **Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Günther Röska

## „Fitsche grüne“ – ein mitteldeutscher Fastnachtsbrauch

Das Volksbrauchtum zur Fastnachtszeit kennt zahlreiche Formen, die je nach dem Charakter der Landschaft verschieden reich und vielgestaltig ausgedrückt werden. Die übereinstimmenden Merkmale jener Zeit bestehen in Maskenfesten, ausgelassener Fröhlichkeit, lustigem Treiben, Scherz, Spott und Lärm. Damit sollte der Winter mit seinen bösen Geistern vertrieben werden. Heimatforscher Alfred Nier, Weißenfels, sah in der Fastnachtszeit ein uraltes „Vorfrühlingsfest“. Am deutlichsten tritt dieser Vorfrühlingsgedanke bei dem „Frischmachen“ hervor, einer mitteldeutschen Fastnachtssitte, die

Haus und sangen diese Anfangsverzeihen:

„Fitsche, fitsche grüne,  
wir wolln uns was verdiene,  
Äpfel, Nüss' und Pfefferscheibn  
und ein Gläschen Branttwein.“

Dieses kleine Fitsche-grüne-Lied, das allerdings in verschiedenen Versionen gesungen wurde, gehört zum genannten „Frischmachen“, das schon 1162 urkundlich erwähnt sein soll. Die Burschen und Mädchen versahen sich mit Birkenruten, womit sie dann die Dorfbewohner leicht schlugen – „fitschelten“, was ihnen eine Gabe einbrachte. Durch das Berühren mit

selwitz das Peitschen polizeilich verboten.

Ist der Fitsche-grüne-Brauch wohl weitgehend in Vergessenheit geraten, so sind Fastnachtsumzüge und Maskentanzveranstaltungen auch heute bekannt. In Zeitz und Gera fanden z. B. Maskenbälle (Redouten) schon seit dem 18. Jahrhundert im Rathaussaal statt.

Übrigens soll sich nach Überlieferung das Winteraustreiben in Leipzig als „Hurenprozession“ im Fastnachtsbrauch widergespiegelt haben. Als 1409 die Universität errichtet wurde, standen vor dem Hallischen Tor jene anrühigen Frauenhäuser, die spottweise das „5. Kollegium“ geheißen haben sollen. Die leichten Frauen hielten zur Fastnachtszeit ihre Prozession mit dem an langer Stange vorangetragenen Strohmann, den sie, das Lied vom Tod (Winter) singend, in der Parthe ersäuften.

In früheren Zeiten lagen die Fastnachtsumzüge in den Händen von Handwerksgesellen. Dabei hat man diese Umzüge sehr oft benutzt, Kritik an den herrschenden Gesellschaftszuständen zu üben. Laut Nier wird 1525 aus Naumburg berichtet: „Zu Fasnachten trugen kouragierte Gesellen spottend eine Papstmaske durch die Gassen; etliche ritten als Kardinäle und Bischöfe verkleidet einher oder führten als Mönche und Nonnen maskiert ausgelassene Tänze auf.“



noch in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts besonders in der Zeitzer und Hohenmölsener Gegend praktiziert wurde. Ich kann mich an diese Zeit noch deutlich erinnern: Wir Kinder gingen damals in Meineweh am Fastnachtsdienstag lustig verkleidet von Haus zu

den ersten frischen Baumtrieben sollte sich die Kraft des mit dem Frühling nahenden neuen Lebens symbolisch übertragen. Mancherorts wurde das Fitscheln allerdings mit heftigem Peitschen verwechselt, und es kam bisweilen zu Schlägereien. 1898 wurde z. B. in Meu-

JA, ES KOMMT VOR, dass wir zwischen unseren Wanderungen einen Abend vor dem Fernseher verbringen. Unlängst war wieder mal Wandlitz das Thema, aber wir hatten wenig Lust die 234. Wiederholung der Auskünfte irgendeines Hausmeisters über das Leben früherer Obrigkeiten über uns ergehen zu lassen. Der Zufall wollte es, dass man uns stattdessen ein paar Bilder aus Hohenwalde zeigte und die Klage eines Polizisten über das, was sich dort zuträgt. 18 uckermärkische Polizisten sind rund um die Uhr damit befasst, für die Sicherheit der Merkel-Datsche zu sorgen. Niemand hat in Hohenwalde etwas dagegen, denn natürlich soll Angela Merkel ruhig schlafen können, auch wenn sie andernorts übernachtet, aber in der Uckermark hat man Mühe, nun mit 18 Polizisten weniger auszukommen. Es kommt auch dort vor, dass Polizisten benötigt werden. Kaum vorstellbar, dass ein Banküberfall gemeldet wird und die Polizei abwinken muss: „Sind in Hohenwalde derzeit unabkömmlich.“ Als wir die Klage der Polizisten hörten, kramte einer aus unserer Runde einen „stern“ aus dem Rucksack und las vor, was sich in der Straße gegenüber dem Berliner Pergamonmuseum täglich tut. Dort übernachtet die Familie Merkel, wenn Frau Merkel das Land von Berlin aus regiert. Zwei Polizisten vor der Tür und – laut „stern“ – kuriose Namensschilder auf der Klingelleiste. Es handelt sich um die Wohnungen über und unter und neben den Merkels. Dort sollen – laut „stern“ – Personen logieren, die ihren Namen nicht gern preisgeben. Nicht, was Sie denken! Nein, es stört uns überhaupt nicht, denn derlei scheint nun mal vonnö-

ten. Nur die 234. Wiederholung – siehe oben – geht uns auf den Keks ... WAS WIR IN SCHMALKALDEN erleben, war von ganz anderer Art. Das Problem ist, dass selbst ein harmloser Wanderer dort vorsichtig sein muss, um nicht Strafgeld zu zahlen. Deshalb tarnte der Wanderer seine Worte. Statt Schmalkalden zu nennen, schreibt er: „Ich war neulich in X-Dorf und hörte in einer Destille Menschen schimpfen. Worüber? In X-Dorf

### Wanderungen durch Neufünfland

stand früher eine stattliche Fabrik. Als man daranging, wieder freie Unternehmerordnung herzustellen und mit der Unsitte volkseigener Betriebe Schluss zu machen, beschaffte die Treuhand einen willigen Käufer, dessen Wiege ziemlich weit weg stand von X-Dorf. Dagegen wäre nichts einzuwenden, hätten sich nicht auch einige erfahrene und kundige Männer aus der Fabrik bei der Treuhand beworben. Deren Angebote wurden jedoch ignoriert und der Mann aus der fernen Wiege ausgewählt und – erlauben Sie mir diese kühne Formulierung – beschenkt. Inzwischen sind 15 Jahre vergangen und die damals dicke schwarze Zahlen schreibende Fabrik ist in roten Zahlen ertrunken. Der Mann aus der fernen Wiege hat die Schließung der Fabrik verkündet. Männer, die die Talfahrt hautnah erlebt hatten und entsprechend verär-

gert sind, meldeten sich in Leserbriefen zu Wort. Das ist in unserer freien Gesellschaft erlaubt, kann aber dazu führen, dass der Talfahrer handfeste Klagen gegen sie anstrengt. Sogar gegen einen SPD-Stadtrat, der in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. Januar 2005 erklärt hatte, „es könne nicht sein, dass der jetzige Besitzer ... den Traditionsbetrieb zu Schanden reitet und danach von der Immobilie profitiere“. Das Verfahren steht in den nächsten Tagen an und eine lokale Zeitung meldete: „Auf ei-nen Kompromiss will sich der SPD-Stadtrat nicht einlassen. Er soll die Aussage aus dem Haupt- und Finanzausschuss vor einem Jahr widerrufen, gleichartige Äußerungen unterlassen und an ... ein ‚angemessenes‘ Schmerzensgeld zahlen. Die Höhe des Schmerzensgeldes solle im ‚Ermessen des Gerichts, jedoch nicht unter 1000 Euro liegen‘. ... Ein ‚x‘ hatte sich in einem Leserbrief ... geäußert – und prompt auch einen Brief vom Anwalt bekommen, weil er meinte, dass das Management nach der Wende ‚schlimmer als ‚Kriegsschäden und Reparationen‘ gewesen sei. Letztere hätten die bauliche Hülle ... noch verschont. Der neue Chef habe dafür gesorgt, ‚dass auch die Gebäude restlos geschliffen wurden‘.“ Genug aus X-Dorf, aber wir waren uns einig, dass wir gern abends auch mal einen Fernsehfilm über den Untergang von DDR-Betrieben sehen würden.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

Zu welchem Leipziger Barockbau gehört dieses schöne Detail ?



Wo lernte man in Leipzig ab 1512 hinter diesen Fenstern ?



?

Lösungsspiegel

Mikrofilm- und  
Handelsbücher

Leipzigs  
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,  
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,  
Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

24. Januar

Die nächste Ausgabe erscheint am  
10. Februar

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V. bei  
der Sparkasse Leipzig,  
BLZ: 860 555 92,  
Konto: 11 50 11 48 40